



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990	
Die Lage der Weltwirtschaft	183
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	190

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15/90

Berlin

12. April 1990

56. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 5. April 1990

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur war auch im Winterhalbjahr 1989/90 deutlich aufwärtsgerichtet, doch hat sich der Anstieg insgesamt etwas abgeflacht. Es gab allerdings beachtliche regionale Unterschiede. Vor allem in den USA, Großbritannien und Schweden wirkten sich monetäre Stabilisierungsmaßnahmen fühlbar dämpfend auf Nachfrage und Produktion aus. In den meisten anderen Industrieländern setzte sich der Aufschwung zügig, wenn auch leicht verlangsam, fort. Die anhaltend kräftige Expansion in Japan

und Westeuropa ist vor allem auf die robuste Investitionsneigung zurückzuführen, die nach wie vor durch eine hohe Auslastung der Kapazitäten und günstige Gewinnerwartungen gestärkt wird. Die Beschäftigung hat fast überall merklich zugenommen, die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken. Trotz der intensiven Beanspruchung der Ressourcen blieb der Lohnanstieg überwiegend moderat, und die Preise erhöhten sich weiterhin relativ mäßig. Das Leistungsbilanzdefizit der USA und der Überschuß Japans waren im Winterhalbjahr niedriger als im Sommerhalbjahr.

Die Geldpolitik in den Industrieländern ist sehr unterschiedlich. Einerseits ging die Zentralbank in den USA Mitte vergangenen Jahres von ihrem restriktiven Kurs ab und lockerte allmählich die Zügel. Die Expansion der Geldmenge hat sich wieder beschleunigt, die Zinsen auf dem Geldmarkt sind nunmehr deutlich niedriger als vor Jahresfrist. Andererseits verstärkten die Zentralbanken in Japan und in Westeuropa während des Winterhalbjahrs ihre Stabilisierungsbemühungen und hoben die Leitzinsen beträchtlich an. In den letzten Monaten haben die langfristigen Zinsen — auch in Erwartung eines steigenden Kapitalbedarfs in Osteuropa — ebenfalls erheblich angezogen.

In den USA wird die geldpolitische Lockerung angesichts des unverminderten Preisauftriebs nur sehr behutsam weitergeführt werden. Die anderen Zentralbanken werden wohl zumeist eine Verschärfung ihres Kurses zu vermeiden suchen, also auf die dämpfenden Wirkungen der bisherigen Straffung vertrauen. Der Druck auf den Dollar, der sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres aus der Verringerung des Zinsgefälles zwischen den USA und Westeuropa ergeben hatte, ließ Anfang 1990 nach. Hierzu mögen die Unsicherheiten über die Auswirkungen der deutsch-deutschen Währungsunion beigetragen haben. Im Verlauf des Jahres dürfte der Dollar aber eher zur Schwäche neigen.

Die Finanzpolitik in den USA ist im laufenden Jahr wieder nachdrücklich um Fortschritte bei der Konsolidierung des Budgets bemüht. Zwar werden die Haushaltsvorgaben sicherlich nicht erreicht werden, gleichwohl gehen von den Konsolidierungsmaßnahmen dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus. In Japan und in den meisten westeuropäischen Ländern wird die Finanzpolitik demgegenüber wohl annähernd neutral sein. Lediglich in der Bundesrepublik Deutschland werden sich vor allem aufgrund der Steuersenkung zu Beginn dieses Jahres und zusätzlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Öffnung in der DDR erhebliche Anstöße für die Konjunktur ergeben.

Die politischen und die wirtschaftlichen Umwälzungen in den europäischen Staatshandelsländern verändern die Perspektiven für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Bevölkerung der mittel- und der osteuropäischen RGW-Länder (ohne Sowjetunion) beträgt immerhin etwa ein Drittel derjenigen der EG; das Produktionspotential entspricht nach grober Schätzung gegenwärtig allerdings nur etwa einem Siebtel. Hauptursache für diese Diskrepanz ist die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaftssysteme. Ein Systemwechsel ist nicht einfach und wird zunächst sicherlich große Reibungsverluste mit sich bringen. Auf mittlere Sicht aber ist in diesen Ländern, die früher teilweise zu den wirtschaftlich führenden Regionen Europas gehörten, bei einem Übergang zur Marktwirtschaft und bei verstärkter Integration in die internationale Arbeitsteilung ein Wachstumsschub wahrscheinlich. Die Umstellung würde die Grenzproduktivität der Investi-

tionen sprunghaft verbessern und sicherlich zu umfangreichen Kapitalimporten führen. Für wohl geraume Zeit würden die Importe an Investitions- und Konsumgütern die Exporte übersteigen und die Leistungsbilanzen dieser Länder Defizite aufweisen.

Für viele Unternehmen in den westlichen Industrieländern entstünde durch das rasche Wachstum ein enormes Absatzpotential, die Rentabilität stiege. Gleichzeitig nähme allerdings der Wettbewerb um Kapital zu, die Zinsen wären also höher als sonst. Manche Bereiche würden unter dem Druck höherer Zinsen und zunehmender Konkurrenz der erstarkenden Wirtschaft im Osten schrumpfen. Gegenwärtig entfallen rund zwei Drittel der Exporte und der Importe des RGW-Raums auf die EG. Westeuropa wäre wohl auch künftig Hauptnutznießer des Nachfragesogs in den mittel- und osteuropäischen RGW-Ländern.

Auf kurze Sicht haben die von der neuen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ausgehenden Impulse auf die Konjunktur in Westeuropa wenig Gewicht; lediglich für die Bundesrepublik Deutschland werden sich wegen der bevorstehenden Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR beträchtliche Auswirkungen ergeben. Der Außenhandelssektor in den bisherigen Staatshandelsländern ist verglichen mit dem westlicher Industrieländer klein. Für Westeuropa betrug 1988 der Anteil der Exporte nach und der Importe aus den europäischen RGW-Ländern (ohne Sowjetunion) am Gesamthandel nur annähernd 2 vH. Deshalb hatte selbst die kräftige Zunahme der Exporte nach Osteuropa im Jahr 1989 nur eine geringe Bedeutung für die Konjunktur. Kredite westlicher Regierungen haben den starken Anstieg der Lieferungen begünstigt. Einer nachhaltig kräftigen Ausweitung der Importe Osteuropas steht aber weiterhin ein Mangel an Devisen entgegen, da Exportsortiment und Qualität der Güter nicht der Nachfrage auf dem Weltmarkt entsprechen und die Exportstruktur weitgehend an den Lieferverpflichtungen innerhalb des RGW ausgerichtet ist. Der Zustrom privaten Kapitals aus den Industrieländern wird vermutlich erst nach und nach in Gang kommen, weil Abbau staatlicher Planwirtschaft und Öffnung der Märkte Zeit brauchen. Angesichts dieser Schwierigkeiten und der bisher geringen Leistungsverflechtung mit westlichen Ländern ist für dieses Jahr noch nicht mit nennenswerten anregenden Wirkungen auf die Weltwirtschaft zu rechnen.

Die weitere Entwicklung der Konjunktur in den Industrieländern wird somit vor allem durch die innere Dynamik, die im Zuge des Aufschwungs entstanden ist, und durch die bremsenden Einflüsse der monetären Stabilisierungsmaßnahmen bestimmt. Zwar werden die konjunkturellen Auftriebskräfte vermutlich nicht stark genug sein, um die retardierenden Einflüsse der geldpolitischen Bremsung vollständig zu überspielen, aber die nachhaltige Verbesserung wichtiger Wachstumsbedingungen, zu der auch die Schaffung des EG-Binnenmarktes und die Liberalisierung in Osteuropa beitragen, dürfte die dämp-

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	8,9	3,6	4,0	3 3/4	1,3	2,8	3
Frankreich	7,1	3,5	3,4	3	2,7	3,6	3
Italien	6,2	3,9	3,0	2 1/2	5,0	6,3	6 1/2
Großbritannien	6,1	4,3	2,3	1	4,9	7,8	7
Spanien	2,5	5,0	5,0	4	4,8	6,8	7
Niederlande	1,7	2,9	4,0	3	0,7	1,1	2 1/2
Schweiz	1,4	3,0	3,1	2 1/2	1,9	3,2	5
Schweden	1,3	2,3	2,0	1	5,8	6,4	8
Belgien	1,1	4,2	4,2	3	1,2	3,1	3 1/2
Österreich	0,9	4,2	3,8	3 1/2	2,0	2,5	3
Dänemark	0,8	-0,4	1,5	2	4,6	4,8	3 1/2
Finnland	0,8	5,2	5,0	2 1/2	5,1	6,6	6 1/2
Norwegen	0,7	1,1	5,7	2 1/2	6,7	4,6	4 1/2
Westeuropa ²⁾	39,5	3,7	3,4	2 3/4	3,3	4,7	4 3/4
USA	35,8	4,4	3,0	1 1/2	4,1	4,8	4 3/4
Japan	21,1	5,7	4,9	4 1/2	0,7	2,3	2 1/2
Kanada	3,6	5,0	2,9	2	4,1	5,0	5
Insgesamt ²⁾	100,0	4,4	3,6	2 1/2	3,1	4,3	4 1/4
Nachrichtlich: Insgesamt ³⁾		3,7	3,4	2 1/2	3,2	4,4	4 1/2

1) Veränderungen für 1990 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1988. —
3) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1988.

fenden Wirkungen insgesamt in relativ engen Grenzen halten.

Es besteht allerdings das Risiko, daß die in den meisten Ländern fortdauernd hohe Auslastung der Kapazitäten und die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu einer Beschleunigung des Preis- und Lohnauftriebs führen und dies die Zentralbanken zu einer Verschärfung der Geldpolitik veranlaßt. Anders als in früheren Aufschwungsphasen scheint es indes kaum Erwartungen einer Beschleunigung des Kosten- und Preisauftriebs zu geben. Die leichte Abwärtstendenz der Rohstoffpreise, die vor etwa einem Jahr begonnen hatte und in den letzten Monaten bei einigen wichtigen Rohwaren aufgrund befürchteter streikbedingter Angebotsausfälle unterbrochen war, dürfte sich im Jahresverlauf wieder durchsetzen. Der Weltmarktpreis für Öl wird wegen der hohen Elastizität des Angebots — abgesehen von kurzzeitigen Schwankungen — wohl kaum steigen.

Die Konjunktur in den Industrieländern wird differenziert bleiben. Nachfrage und Produktion werden in den

USA fürs erste noch durch die Auswirkungen der monetären Restriktion bis Mitte vergangenen Jahres beeinflußt, doch werden zunehmend stützende Effekte der seitherigen Lockerung spürbar werden. Die Inlandsnachfrage wird sich indes nur allmählich beleben. Stärker werden die Auftriebskräfte in den meisten kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften sein. Ein Grund dafür ist die nachhaltige Verbesserung der Wachstumsbedingungen, auch im Zusammenhang mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes. In Japan schließlich wird die Dämpfung der Expansion durch die beträchtlichen Zinssteigerungen zwar spürbar werden, aber Nachfrage und Produktion werden weiterhin rascher zunehmen als in den anderen Industrieländern.

Alles in allem wird das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer im Jahresergebnis 1990 — bei ähnlicher laufender Rate — um rd. 2 1/2 vH höher sein als 1989; auch für das nächste Jahr ist ein Anstieg in dieser Größenordnung wahrscheinlich. Die Auslastung des Potentials wird dabei etwas zurückgehen, namentlich in Nord-

amerika. Da es noch nicht zu einer nennenswerten Abschwächung des Preisauftriebs kommt, wird die Wirtschaftspolitik der Stabilisierung des Geldwertes wohl weiterhin hohe Priorität einräumen.

Mit der gegenwärtigen Verlangsamung der Expansion verschlechtert sich die außenwirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer, da die Absatzentwicklung ihrer Ausfuhrerzeugnisse, insbesondere der Rohstoffe, gedämpft wird und die Preise unter Druck stehen. Dies ist um so gravierender, als sich beim Schuldendienst zumindest in diesem Jahr noch keine Entlastung durch einen Rückgang der Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten ergeben wird.

Konjunkturabschwächung in den USA

In den USA hat sich das Expansionstempo nochmals merklich verringert. Die Produktion dürfte im Verlauf des Winterhalbjahres nur noch mit einer Jahresrate von rund 1 ½ vH gestiegen sein, nach knapp 3 vH im Sommerhalbjahr. Die Auslastung der Kapazitäten ging leicht zurück. Die Beschäftigung nahm verlangsamt zu, die Arbeitslosenquote lag unverändert bei 5,3 vH. Der Preisauftrieb verstärkte sich zuletzt aufgrund witterungsbedingter Einflüsse. Das Defizit in der Handelsbilanz ist trotz zügiger Ausweitung der Exporte und — konjunkturell bedingt — schwächerer Zunahme der Importe nicht gesunken, da sich die Terms of Trade infolge der Abwertung des Dollars verschlechterten. Auch der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz dürfte zuletzt nicht mehr nennenswert zurückgegangen sein.

Die Inlandsnachfrage hat nur noch wenig zugenommen. Der private Verbrauch stieg merklich schwächer als zuvor, und die Unternehmensinvestitionen, die im Sommerhalbjahr noch kräftig expandiert hatten, gingen zeitweise sogar zurück. Hier spielte eine Rolle, daß die Gewinne im vergangenen Jahr rückläufig waren und angesichts steigender Lohnkosten sowie einer verhaltenen Ausweitung der Nachfrage kaum mit einer Verbesserung gerechnet wurde.

Der Preisauftrieb veränderte sich der Grundtendenz nach kaum, jedoch führten Sonderfaktoren zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsraten. So verteuerten sich zur Jahreswende witterungsbedingt Agrarprodukte und Energie. Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise im Verlauf des Winterhalbjahres mit einer Jahresrate von reichlich 5 vH und damit um etwa einen Prozentpunkt schneller als im Sommerhalbjahr.

Die Zentralbank, die zuvor einen deutlich restriktiven Kurs verfolgt hatte, lockerte Mitte 1989 angesichts der konjunkturellen Abschwächung die geldpolitischen Zügel. Die Geldmenge M2 expandierte im Verlauf des Winterhalbjahres mit rund 8 vH (Jahresrate) fast doppelt so stark wie im vorangegangenen Halbjahr. Zunächst sanken die

Zinsen deutlich. Nach der Jahreswende setzte sich diese Entwicklung jedoch nicht mehr fort. Vor allem die langfristigen Zinssätze erhöhten sich im Zuge des weltweiten Zinsanstiegs wieder; sie sind aber noch etwa einen Prozentpunkt niedriger als auf dem Höchststand vor einem Jahr. Es ist zu erwarten, daß der Kurs der Zentralbank im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht expansiv sein wird.

Die Finanzpolitik dürfte die Konjunktur in diesem wie im nächsten Jahr dämpfen. Das Defizit im Bundeshaushalt, das im vergangenen Fiskaljahr mit 152 Mrd. \$ nahezu unverändert hoch blieb, wird im bis September laufenden Haushaltsjahr 1990 trotz der schwächeren Konjunktur vermutlich auf etwa 130 Mrd. \$ sinken; das sind 2 ½ vH des Bruttosozialprodukts. Allerdings beruht die Verminderung auch darauf, daß Ausgaben für die Sanierung der Spar- und Darlehenskassen — anders als im vergangenen Jahr — nicht mehr im offiziellen Haushalt verbucht werden. Die im Gramm-Rudman-Gesetz vorgesehene Obergrenze von 110 Mrd. \$ für 1990 wird dennoch deutlich überschritten. Auch für das kommende Haushaltsjahr ist damit zu rechnen, daß das Defizit trotz eines merklichen Rückgangs die — dann bei 74 Mrd. \$ liegende — Obergrenze erheblich übersteigen wird.

Die Inlandsnachfrage nimmt im Jahre 1990 wohl nur noch wenig zu. Der private Verbrauch wird bei verhaltenem Einkommenszuwachs, vor allem aufgrund einer geringeren Ausweitung der Beschäftigung, lediglich mäßig expandieren. Die Unternehmensinvestitionen dürften stagnieren, da die Kapazitätsauslastung weiter sinkt und sich die Absatzaussichten vorerst nicht verbessern. Die Wohnungsbauinvestitionen werden jedoch nicht mehr zurückgehen, sondern eher zunehmen. Die Exporte dürften sich weiterhin merklich erhöhen, da die Auslandskonjunktur noch relativ lebhaft ist und sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der niedrigeren Bewertung des Dollars verbessert hat. Allerdings werden die Expansionsraten deutlich unter den überaus hohen Raten der vergangenen drei Jahre liegen. Wegen der schwächeren Expansion der Gesamtnachfrage wird der Anstieg der Importe niedrig sein und nach wie vor hinter dem der Exporte zurückbleiben.

Das reale Bruttosozialprodukt wird 1990 im Verlauf und gegenüber dem Vorjahr wohl um rund 1 ½ vH zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg mit der anhaltenden monetären Lockerung wieder etwas beschleunigen und rund 2 vH betragen. Der Preisauftrieb wird wahrscheinlich nur wenig nachlassen. Das Defizit in der Leistungsbilanz, das im vergangenen Jahr um 20 Mrd. \$ auf 106 Mrd. \$ sank, wird sich wohl auch in diesem Jahr leicht verringern.

Aufschwung in Japan verliert an Dynamik

In Japan ist das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung im Winterhalbjahr geringer geworden. Entscheidend dafür war die außenwirtschaftliche Entwicklung. Der An-

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1988	1989	1990		1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	10,1	3,6	4,0	3 3/4	9,5	3,7	2,8	4
Frankreich	7,9	3,5	3,4	3	8,0	3,8	3,1	3
Italien	6,9	3,9	3,0	2 1/2	7,0	4,3	3,5	3
Großbritannien	6,9	4,3	2,3	1	7,2	7,4	4,0	1/2
Westeuropa ²⁾	31,8	3,8	3,3	2 3/4	31,7	4,7	3,3	2 3/4
USA	40,3	4,4	3,0	1 1/2	41,1	3,3	2,4	1 1/4
Japan	23,8	5,7	4,9	4 1/2	23,2	7,6	5,9	5
Kanada	4,1	5,0	2,9	2	4,0	6,3	5,6	2 1/2
Industrieländer ²⁾	100,0	4,5	3,5	2 1/2	100,0	4,9	3,6	2 1/2

¹⁾ Veränderungen für 1990 geschätzt. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1988.

stieg der Exporte verringerte sich, und die Importe nahmen kräftig zu. Die Inlandsnachfrage expandierte nur wenig schwächer. Die Dynamik bei den gewerblichen Investitionen hat nachgelassen; ihr Anstieg war gleichwohl beträchtlich. Der private Konsum gewann wieder an Bedeutung als Triebkraft. Die staatliche Nachfrage wurde leicht ausgeweitet, nachdem sie im Sommerhalbjahr rückläufig gewesen war. Die Preisentwicklung blieb — abgesehen von witterungsbedingten Sondereinflüssen — ruhig, obwohl sich die Importe aufgrund der Yen-Abwertung kräftig verteuerten. Der Leistungsbilanzüberschuß ging deutlich zurück, insbesondere wegen der Verschlechterung der Terms of Trade.

Mit der Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion verschlechterten sich die Absatz- und Ertragserwartungen; dies dürfte zur anhaltenden Schwäche des Yen und zu den Turbulenzen an der Wertpapierbörse beigetragen haben. Anlaß zu einer vorsichtigeren Einschätzung gab nicht zuletzt die Notenbank. Sie zog die geldpolitischen Zügel scharf an. So wurde der Diskontsatz innerhalb eines Jahres schrittweise um 2 3/4 Prozentpunkte heraufgesetzt. Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze stiegen kräftig; die Zinsdifferenz zu ausländischen Finanzmärkten verringerte sich deutlich. Die restriktive Geldpolitik ist sowohl außen- als auch binnenwirtschaftlich begründet. Einmal soll sie der Yen-Schwäche entgegenwirken, die — abgesehen von den anfänglichen Preiseffekten — den erwünschten weiteren Abbau des Leistungsbilanzüberschusses behindert. Zum anderen soll aufkommenden Erwartungen stärker steigender Kosten und Preise begegnet werden, die durch die starke Beanspruchung des Produktionspotentials, ab-

wertungsbedingte Importpreiserhöhungen und spekulativ steigende Bodenpreise geweckt werden könnten.

Es ist damit zu rechnen, daß die Zentralbank ihren straffen geldpolitischen Kurs grundsätzlich fortsetzt, wenn sich auch weitere Zinserhöhungen bei dem erreichten hohen Niveau in engen Grenzen halten dürften. Die Finanzpolitik bleibt am Konsolidierungsziel orientiert: Das Defizit im Zentralhaushalt wird weiter abgebaut werden; für den Staatssektor insgesamt wird der Finanzierungsüberschuß noch leicht zunehmen.

Infolge der Verschärfung der Geldpolitik wird sich der Anstieg der Inlandsnachfrage verlangsamen. So dürften die gewerblichen Anlageinvestitionen nicht mehr so rasch ausgeweitet werden wie in den Vorjahren, der Wohnungsbau wird allenfalls stagnieren. Der private Verbrauch wird sich dagegen zügig erhöhen. Die verfügbaren Einkommen werden bei einem leichten Beschäftigungsanstieg und einem etwas verstärkten Lohnzuwachs fühlbar zunehmen. Die Exporte werden weiterhin merklich expandieren. Mit dem schwachen Yen hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft verbessert, so daß die wenig dynamische Entwicklung bei den Handelspartnern nicht voll auf die Ausfuhr durchschlägt. Bei verlangsamt steigender Gesamtnachfrage werden die Einfuhren weniger kräftig expandieren, zumal sie infolge der Yen-Schwäche deutlich teurer geworden sind. Der Leistungsbilanzüberschuß wird in diesem Jahr wohl weiter zurückgehen, im nächsten Jahr allerdings leicht steigen.

Insgesamt wird sich der Zuwachs des Sozialproduktes etwas abschwächen; im Jahresverlauf und gegenüber dem Vorjahr wird er 1990 etwa 4 1/2 vH und im nächsten

Jahr rund 3 ½ vH betragen. Bei leicht steigenden Lohnstückkosten werden sich die Verbraucherpreise in diesem und im nächsten Jahr um rund 2 ½ vH erhöhen.

Etwas verlangsamter Produktionsanstieg in Westeuropa

In Westeuropa nahmen Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr weiter zügig zu, wenn auch verlangsamt. Motor der Aufwärtsentwicklung waren nach wie vor die Unternehmensinvestitionen. Die Beschäftigung stieg weiter, und die Zahl der Arbeitslosen ging nochmals leicht zurück. Der Preisauftrieb ist, nach der Abschwächung im vorigen Sommer, etwas stärker geworden.

Die Investitionsneigung blieb hoch; der Anstieg der Investitionen war allerdings nicht mehr so ausgeprägt wie zuvor. Die Absatzaussichten wurden bis zuletzt recht züversichtlich beurteilt, und die Ertragslage blieb zumeist günstig. Die Sachkapazitäten in der Industrie waren nach wie vor hoch ausgelastet, und die Lieferengpässe wurden größer. Vieles spricht dafür, daß die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs, insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes, die Investitionstätigkeit weiterhin stimuliert. Im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau setzte sich der spürbare Anstieg, auch begünstigt durch den milden Winter, im allgemeinen fort. Lediglich in Großbritannien, Dänemark und Norwegen nahm die Bauproduktion ab.

Der private Verbrauch expandierte weiter rasch. Die realen verfügbaren Einkommen erhöhten sich etwas verhaltener, doch ging die Sparquote zumeist etwas zurück. Besonders deutlich wurde der Konsum in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, Spanien, Österreich, Finnland und Belgien ausgeweitet. In Großbritannien nahm er infolge der sehr hohen Zinsen nur wenig zu. In Schweden und Norwegen hat er annähernd stagniert.

Die Ausfuhr stieg weiterhin zügig. Der innereuropäische Austausch entwickelte sich nach wie vor lebhaft. Die Ausfuhr nach Nordamerika hat wegen der dortigen konjunkturellen Abschwächung, aber auch infolge der kräftigen realen Abwertung des Dollars wohl allenfalls stagniert. Die Lieferungen in die Öllexport- und anderen Entwicklungsländer, besonders aber in die europäischen RGW-Länder, stiegen merklich. Da die Einfuhr aus Drittländern stärker ausgeweitet wurde als die Ausfuhr dorthin, nahm der reale Importüberschuß Westeuropas etwas zu. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz war wiederum nahezu ausgeglichen. In Spanien, Italien, Schweden und Finnland erhöhte sich das Defizit der Leistungsbilanz, während es in Großbritannien abnahm. Der Überschuß der Bundesrepublik Deutschland ist deutlich zurückgegangen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter gebessert. Die Beschäftigung nahm nochmals zu. Die Arbeitslosigkeit sank erneut, die Arbeitslosenquote ist aber immer

noch recht hoch. Trotzdem konnte der Bedarf an qualifizierten Kräften nicht immer gedeckt werden.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich wieder etwas rascher; diese Tendenz wurde vor allem in Schweden und Finnland durch die Anhebung indirekter Steuern erheblich überzeichnet. Zumeist war die leichte Beschleunigung auf interne Faktoren zurückzuführen. So hat sich der Kostenanstieg in vielen Ländern verstärkt: Während die Löhne etwas rascher als zuvor angehoben wurden, nahm die Produktivität ein wenig langsamer zu. Kräftig war der Anstieg der Lohnstückkosten nach wie vor in Großbritannien, Schweden, Finnland und Italien. Zudem schlug sich das starke Anziehen der langfristigen Zinssätze in einer deutlichen Verteuerung des Wohnens nieder. Insgesamt beschleunigte sich der Preisauftrieb aber trotz der hohen Auslastung der Sachkapazitäten nur mäßig, weil der Wettbewerb intensiv blieb und die Spielräume für Preiserhöhungen auch von der monetären Seite her eingeengt waren.

Die Zentralbanken haben die Mitte 1988 eingeleitete Verlangsamung der zuvor sehr raschen monetären Expansion bis zuletzt fortgesetzt; die Zinsen auf den Geldmärkten zogen deutlich an. In den letzten Monaten sind auch die langfristigen Zinsen kräftig gestiegen. Dabei spielten wohl auch Erwartungen eines hohen Kapitalbedarfs für die Entwicklung Osteuropas und Inflationsbefürchtungen im Hinblick auf die geplante deutsch-deutsche Währungsunion eine Rolle. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte der monetäre Kurs nicht mehr verschärft werden.

Die Finanzpolitik hält am Konsolidierungskurs fest. Die Budgetdefizite werden in den meisten Ländern, zumindest im Verhältnis zum Sozialprodukt, verringert werden. In Italien dagegen wird das Haushaltsdefizit — reichlich 10 vH des Sozialprodukts — hoch bleiben. In der Bundesrepublik Deutschland steigt der Fehlbetrag wegen der Steuersenkung deutlich an; überdies dürfte die Schaffung der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion zu erheblichen Mehrausgaben führen. Hiervon abgesehen werden 1990 und im kommenden Jahr von der Finanzpolitik in Westeuropa wohl keine konjunkturellen Anstöße ausgehen.

Bei den absehbaren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird die Inlandsnachfrage weiterhin spürbar zunehmen. Die Unternehmen werden die Investitionen erneut deutlich ausweiten, wenn auch — nicht zuletzt wegen der gestiegenen Zinsen — langsamer als im vergangenen Jahr. Die Auslastung der Sachkapazitäten bleibt insgesamt hoch, die Ertragsaussichten verschlechtern sich wenig, und die Schaffung des EG-Binnenmarktes wirkt nach wie vor stimulierend. Der Wohnungsbau hingegen wird infolge der hohen Zinsen kaum noch steigen. Der private Verbrauch expandiert insgesamt in wenig verändertem Tempo. Zwar wird die Zunahme der realen verfügbaren Einkommen durch eine etwas langsamere Ausweitung der Beschäftigung gedämpft, doch

stehen dem zumeist leicht verstärkte reale Lohnerhöhungen gegenüber. Deutlich beschleunigt steigt der private Verbrauch allein in der Bundesrepublik Deutschland vor allem aufgrund der Steuerentlastung, während er insbesondere in Großbritannien infolge der wirtschaftspolitischen Restriktionen wohl nur wenig zunimmt. Die Expansion der Ausfuhr in die übrige Welt wird sich nach der aufwertungsbedingten Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition gegenüber Anbietern aus dem Dollarraum und aus Japan, aber auch wegen der verhaltenen Konjunktur in den USA verlangsamen. Zugleich wird die Einfuhr aus konjunkturellen Gründen nicht mehr ganz so stark steigen wie zuvor. Sie erhöht sich aber spürbar rascher als die Ausfuhr. Der reale Importüberschuß wird daher weiter zunehmen. Vor allem wegen verbesserter Terms of Trade dürfte die westeuropäische Leistungsbilanz jedoch annähernd ausgeglichen bleiben.

Die Expansion des realen Bruttosozialprodukts wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres vermutlich kaum noch verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird es sich 1990 um 2 1/2 bis 3 vH erhöhen. Im Jahre 1991 wirken die von der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion ausgehenden Impulse den von der Geldpolitik angelegten dämpfenden Tendenzen entgegen. Die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts wird vermutlich etwa ebenso hoch sein wie in diesem Jahr. Die Auslastung der Kapazitäten wird sich dabei nicht nennenswert verändern, und die Beschäftigung wird weiter steigen. Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt 1990 wieder um knapp 5 vH steigen; 1991 dürfte die Teuerungsrate unverändert bleiben. Die Inflationsunterschiede von Land zu Land nehmen dabei voraussichtlich ab.

Rohstoffpreise werden weiter nachgeben

Aufgrund der leichten Abflachung des Konjunkturanstiegs in den Industrieländern hat sich die Zunahme des Rohstoffverbrauchs verlangsamt. Viele Verarbeiter verfolgen in dieser Situation — und bei steigenden Zinsen — eine zurückhaltende Vorratspolitik. Nur bei einigen NE-Metallen (Blei, Zink, Kupfer) veranlaßten Produktionsstörungen und die Befürchtung von Streiks im nord- und süd-amerikanischen Bergbau die Händler und Verarbeiter zu vorsorglichen Käufen, und die Preise stiegen. Die Notierungen der meisten anderen Industrierohstoffe blieben unter Druck.

Bei der absehbaren ruhigen Entwicklung der Weltkonjunktur wird der Verbrauch von Industrierohstoffen weiterhin nur mäßig zunehmen. Andererseits ist, von streikbedingten Störungen abgesehen, überwiegend mit einer merklichen Steigerung der Erzeugung zu rechnen. Allerdings lassen die insgesamt relativ niedrigen Vorräte bei den Produzenten und an den Warenbörsen nur eine allmähliche Verstärkung des Angebotsdrucks erwarten. Unter diesen Bedingungen dürften die Preise für die meisten Industrierohstoffe im Verlaufe dieses Jahres tendenziell nachgeben.

Der Weltmarktpreis für Erdöl stieg vom vergangenen Herbst bis Anfang dieses Jahres mit der saisonalen Zunahme der Nachfrage deutlich an. Seitdem aber ist er wieder gesunken; zuletzt war Öl auch auf Dollarbasis nur noch wenig teurer als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Ausschlaggebend für den Preisrückgang war die anhaltende Überschreitung der vereinbarten Fördermengen durch OPEC-Mitglieder. Von saisonalen Schwankungen abgesehen wird der durchschnittliche Einfuhrpreis für Erdöl in den OECD-Ländern voraussichtlich weiterhin bei rd. 18 Dollar je Barrel liegen.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel ging die Baisse, die von der Erhöhung des Angebots — nach teilweise schweren Dürreschäden in der Vorsaison — ausgelöst worden war, in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu Ende; seither steigen die Preise für Mais, Sojabohnen, Kaffee und Kakao. Die Ernteausichten für die Saison 1990/91 lassen nach dem gegenwärtigen Stand erwarten, daß sich die — sehr niedrigen — Vorräte von Weizen und Zucker erhöhen und die Preise nachgeben, während die Erzeugung von Futtergetreide, Ölsaaten, Kaffee und Kakao hinter dem erwarteten Verbrauch zurückbleiben dürfte; die Preise dieser Produkte werden daher tendenziell steigen. Insgesamt wird sich das Preisniveau auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel im Laufe dieses Jahres leicht erhöhen.

Verhaltener Anstieg im Welthandel

Die Expansion des Welthandels hat sich seit Mitte vergangenen Jahres abgeflacht. Aufgrund des langsameren Produktionsanstiegs nahmen die Einfuhren der Industrieländer weniger rasch zu. Auch die Bezüge der meisten Entwicklungsländer stiegen in geringerem Tempo; dagegen weiteten die Erdölexportländer ihre Importe nach der deutlichen, vor allem preisbedingten Erhöhung ihrer Exporterlöse wieder aus.

Bei dem zu erwartenden etwas schwächeren Wirtschaftswachstum wird sich der Einfuhranstieg in den Industrieländern in diesem und im nächsten Jahr in mäßigem Tempo fortsetzen. Die nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer werden ihre Einfuhren langsamer steigern als im vergangenen Jahr. In den südostasiatischen Schwellenländern wird mit einem geringeren Produktionsanstieg auch die Einfuhr nicht mehr so rasch zunehmen. Die Rohstoffländer werden bei verschlechterter Erlösentwicklung infolge rückläufiger Rohstoffpreise und einer schwächeren Expansion der Nachfrage nach ihren Produkten die Einfuhren merklich weniger steigern. Weiterhin spürbar zunehmen dürften die Bezüge der Erdölexportländer und der RGW-Länder. Insgesamt wird sich die Expansion des realen Welthandels etwas verlangsamen. Die Zunahme, die im vergangenen Jahr 8 vH erreicht hatte, wird 1990 schätzungsweise 5 vH betragen und 1991 etwa ähnlich hoch sein.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Im Jahr 1989 hat sich die konjunkturelle Dynamik in der Bundesrepublik weiter verstärkt. Nachfrage und Produktion sind im Winterhalbjahr deutlich gestiegen. Damit hat die Nachfrage nach Arbeitskräften beschleunigt zugenommen. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich vom Herbst letzten Jahres bis zum Frühjahr 1990 um rd. 350 000 Personen gegenüber einer Zunahme um 100 000 im Sommerhalbjahr; die Arbeitslosigkeit ging spürbar zurück.

Der Anstieg der Warenausfuhr, die im vergangenen Jahr die treibende Kraft der Konjunktur war, hat sich in der Grundtendenz abgeflacht. Bestimmend dafür war das verlangsamte konjunkturelle Expansionstempo in wichtigen Partnerländern der Bundesrepublik. Dies betraf auch die Nachfrage des Auslands nach Investitionsgütern.

Dagegen ist der inländische Nachfrageboom bei Investitionsgütern ungebrochen. Insgesamt ist die Kapazitätsauslastung in der Investitionsgüterindustrie hoch. Trotzdem blieb der Preisanstieg bei Ausrüstungsgütern bisher recht verhalten, gebremst offenbar durch Importwettbewerb.

Gegen Ende vergangenen Jahres verstärkte sich die Zunahme des privaten Verbrauchs. Damit hat sich bei weiterhin kräftiger Ausweitung der Unternehmensinvestitionen die konjunkturelle Dynamik von der Auslands- zur Binnennachfrage hin verlagert. Die Importe stiegen kräftig an. Im vierten Quartal ist der Überschuß in der Leistungsbilanz deutlich gesunken.

Nach der Öffnung der DDR ergab sich im Winterhalbjahr ein starker Zustrom von Übersiedlern in die Bundesrepublik, der zusammen mit dem der Aussiedler aus osteuropäischen Ländern die stärkste Zunahme der Bevölkerung seit den fünfziger Jahren bedeutet. Unmittelbare Nachfragewirkungen machten sich schon zur Jahreswende bemerkbar. Die Ausgaben der Zuwanderer, die infolge des hohen Anfangsbedarfs allenfalls einen geringen Teil ihrer Einkommen sparen, dürften zur lebhaften Verbrauchskonjunktur wesentlich beigetragen haben.

Die Zuwanderungswelle hat die Knappheit an Wohnraum insbesondere in den Ballungsgebieten erhöht. Der schubartigen Ausweitung der Nachfrage steht keine entsprechende Ausdehnung des Angebots an Wohnungen gegenüber. Bei der ohnehin hohen Auslastung der Kapazitäten im Baugewerbe verstärkte sich der Anstieg der Baupreise, Immobilienpreise und Mieten.

Die Aus- und Übersiedler haben das Arbeitskräfteangebot beträchtlich erhöht. Deshalb hielten sich die Anspannungen am Arbeitsmarkt im Vergleich zu früheren Phasen der Hochkonjunktur in Grenzen. Insbesondere die Arbeitskräfte aus der DDR dürften Personalengpässe in Unternehmen gemindert haben. Jedenfalls ist mit dem deutlich beschleunigten Anstieg der Beschäftigung nach der Jahreswende die Zahl der offenen Stellen gesunken.

Obwohl die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ein hohes Niveau erreicht hat, verstärkte sich der Auftrieb der Verbraucherpreise insgesamt nicht. Die laufende Rate betrug in den ersten Monaten des Jahres 1990 etwa 3 vH.

Die Absicht der Bundesregierung, mit der DDR eine Währungs- und Wirtschaftsunion zu bilden, hat im Inland und im Ausland Befürchtungen geweckt, daß dies wegen eines kräftigen Nachfrageschubs einen beschleunigten Preisanstieg auslösen werde. Hinzu kam die Erwartung eines hohen Kapitalbedarfs für die Sanierung der DDR-Wirtschaft. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf den Kapitalmarkt. Die durchschnittliche Umlaufrendite öffentlicher Anleihen stieg zeitweilig auf über 9 % und erreichte damit den höchsten Stand seit sieben Jahren, schwächte sich danach jedoch wieder etwas ab. Die D-Mark neigte an den Devisenmärkten bis zuletzt eher zur Stärke.

Seit der Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes auf 6 bzw. 8 % im Oktober 1989 sind die Leitzinsen unverändert geblieben. Dagegen wurden die Zinssätze für Wertpapierpensionsgeschäfte nach der Jahreswende heraufgesetzt. Dennoch hat sich die monetäre Expansion zuletzt wieder beschleunigt.

Währungsunion verändert Konjunkturperspektiven

Mit der konjunkturellen Verlangsamung im Ausland — nicht zuletzt infolge der Geldpolitik — zeichnet sich für die westdeutsche Wirtschaft ein verringerter Anstieg der Auslandsnachfrage ab. Zudem lassen die höheren Zinsen eine verlangsamte Expansion der Inlandsnachfrage erwarten. Hinzu kommt, daß von der Finanzpolitik für 1991 — nach der Steuersenkung zu Beginn 1990 — keine expansiven Impulse angelegt sind. Dies alles wäre auf ein deutliches Nachlassen des konjunkturellen Expansionstempos insbesondere im Jahre 1991 hinausgelaufen. Die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR wird nun dieses Konjunkturbild schon im laufenden Jahr, im kommenden Jahr aber stark verändern.

Das Ausmaß der Veränderungen läßt sich nur sehr grob quantifizieren. Zum einen bestehen noch große Unsicherheiten über die Modalitäten und den Zeitplan der Wirtschafts- und Währungsunion. Zum anderen gibt es Unsicherheiten darüber, wie sich die Wirtschaftssubjekte in der DDR unter den für sie völlig neuen Bedingungen verhalten werden. Es gibt kein historisches Vorbild für die Ablösung einer Kommandowirtschaft mit nicht-konvertibler Währung durch eine Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Übernahme einer voll konvertiblen Währung. Ein Blick auf die Erfahrungen mit der Wirtschafts- und Währungsreform im Jahr 1948 in Westdeutschland zeigt zwar, daß sich beim Übergang zum marktwirtschaftlichen System selbst unter schwierigen Ausgangsbedingungen sehr

schnell eine große Dynamik entfalten kann. Es bestehen aber auch wichtige Unterschiede zwischen der heutigen und der damaligen Situation.

Um die Unsicherheiten bei der Einschätzung der Entwicklung deutlich zu machen, werden im folgenden zunächst Reformerfordernisse in der DDR sowie die möglichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf die DDR dargestellt. Anschließend wird dann auf die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik unter Einbeziehung von Rückwirkungen der Entwicklung in der DDR eingegangen.

Die DDR auf dem Weg in die Marktwirtschaft

Zur Ausgangslage

Die politische Entscheidung für eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Bundesrepublik mit der DDR ist gefallen. Die weitgehende wirtschaftliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist ein Zwischenstadium auf dem Weg zu einer vollständigen politischen Vereinigung. Es kommt nun darauf an, in kurzer Zeit die wirtschaftliche Integration so vorzubereiten, daß die Wirtschaft der DDR mit dem Übergang in ein neues System die Chance erhält, durch einen Wachstumsschub rasch gegenüber der Bundesrepublik aufzuholen. Allein durch eine klare Perspektive in dieser Richtung kann das Ausbluten der DDR in Form des Verlustes von qualifizierten Arbeitskräften und damit der Verfall der DDR-Wirtschaft aufgehalten werden.

Wirtschaftliches Handeln vollzieht sich in der DDR derzeit in einem zu großen Teilen rechtsfreien Raum. Es gibt bereits Anzeichen dafür, daß vorgeschriebene Abgaben nicht mehr geleistet werden und der Staat zur Aufrechterhaltung staatlicher Funktionen in beträchtlichem Maße auf Notenbankkredite zurückgreift. Zusammen mit dem hohen Verlust an Arbeitskräften seit der Öffnung der Grenzen führt das zu einem sich beschleunigenden Prozeß des wirtschaftlichen Niedergangs, der aus sich heraus die Startchancen der DDR in der Wirtschafts- und Währungsunion drastisch verschlechtert. Große Eile ist daher in den deutsch-deutschen Verhandlungen geboten.

Vorrang für Wirtschaftsreform

Die Öffnung der Grenzen verlangt wegen der hohen Mobilität der Arbeitskräfte in der DDR sofort eine völlige Abkehr von dem überkommenen Wirtschaftssystem. Die Aussicht auf eine baldige Währungsunion hat diesen Zwang nicht abgemildert, sondern die Angleichung der Wirtschaftsverfassung der DDR an die Westeuropas noch dringender gemacht.

Als Kernbereiche einer Wirtschaftsreform seien genannt:

- Preisbildung
Den Unternehmen wird ermöglicht, Preise entsprechend den Marktbedingungen festzusetzen. Der Staat verzichtet grundsätzlich auf die spezifische Subventionierung und Besteuerung einzelner Güter, soweit mit ihnen nicht erwünschte oder unerwünschte externe Effekte verbunden sind; hierbei handelt es sich nahezu ausschließlich um den Energie- und Umweltbereich. Ausgenommen von der Preisfreigabe könnten für eine gewisse Übergangszeit die Mieten im Wohnungsbestand sein, wengleich die Erneuerung nur durch kostendeckende Mieten in Gang kommen dürfte. Bei Neubauten sollten sofort Marktmieten möglich sein. Die sozialen Auswirkungen höherer Mieten sollten durch Ausgleichszahlungen aufgefangen werden.
- Lohnfindung
Bis zur Bildung unabhängiger Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften werden die Löhne auf Betriebsebene ausgehandelt. Angesichts der zu erwartenden Öffnung der Märkte der DDR und des Konkurrenzdrucks auf dem Weltmarkt sollte sich dabei ein Lohnniveau herausbilden, das der Mehrzahl der Betriebe eine Startchance gibt.
- Vertragsfreiheit und Unternehmensverfassung
Der rechtliche Rahmen, innerhalb dessen Unternehmer und Verbraucher handeln, muß in der DDR neu geschaffen werden. Der Staat darf, anders als vorher, nur in Form von Negativklauseln in die prinzipiell gewährleistete Vertragsfreiheit eingreifen; sie muß die Freiheit, Außenhandel zu betreiben, einschließen. Die Unternehmensverfassung mit Bilanzierungs- und Publizitätspflichten sollte des Zeitdrucks wegen schlicht aus der Bundesrepublik oder von der Europäischen Gemeinschaft übernommen werden.
- Steuersystem
Für die DDR ist ein Steuersystem zu konzipieren, das dem Prinzip der Gleichbehandlung folgt. Auch hier sollte im Hinblick auf die zu erwartende politische Vereinigung im Grundsatz eine Annäherung an das in der Bundesrepublik geltende System gesucht werden. Beabsichtigt ist, zum 1.1.1991 eine Mehrwertsteuer nach EG-Vorbild einzuführen. Bereits mit der Währungsunion sollte aber ein vereinfachtes Mehrwertsteuersystem verwirklicht werden. Ferner sollten spezifische Verbrauchsteuern nach dem Muster der Bundesrepublik eingeführt werden. Darüber hinaus sollte ein einfaches Einkommensteuersystem geschaffen werden, beruhend auf einer Körperschaftsteuer mit Anrechnungsverfahren und einer linear-progressiven Einkommensteuer mit Grenzsteuersätzen, die jene der Bundesrepublik nicht übersteigen.
- Zweistufiges Bankensystem
Das Bankensystem der DDR — bisher ausführendes Organ der Regierung — muß grundlegend erneuert werden, damit es marktwirtschaftliche Funktionen

übernehmen kann. Die Staatsbank wird im Rahmen der Währungsunion keine Notenbankfunktion mehr haben. Inländische Kreditinstitute und Filialen ausländischer Banken müssen selbständig und im Wettbewerb miteinander Einlagen aufnehmen und Kredite gewähren dürfen. Sie müssen den Zahlungsverkehr mit Inländern und Ausländern abwickeln und als Kapitalsammelstellen dienen können. Eine Bankenaufsicht muß neu geschaffen oder dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen übertragen werden.

— Sozialversicherung

Ein Sozialversicherungssystem mit Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung muß installiert und über entsprechende Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden.

— Wettbewerbsrecht

Das Wettbewerbsrecht der Bundesrepublik sollte im Kern übernommen und dem Bundeskartellamt sehr schnell das Aufsichtsrecht übertragen werden, da eine neuzuschaffende Behörde dieser Art frühestens in einigen Jahren effizient arbeiten könnte. Gleichwohl ist auch für die DDR der beste Schutz gegen Monopolmacht die Öffnung der Grenzen für ausländische Anbieter — auch in Bereichen, bei denen in der Bundesrepublik noch protektionistische Hürden bestehen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Finanzdienstleistungen.

— Eigentumsordnung

Ein politisch äußerst schwieriges Problem ist, ob, in welchen Bereichen und unter welchen Bedingungen Privateigentum kurzfristig zugelassen wird. Soweit es um Produktionsanlagen geht, könnte „Volkseigentum“ in aktienähnliche Formen gebracht und verkauft werden. Wenn nicht alle Staatsbetriebe sehr rasch privatisiert werden können, so sollte doch gewährleistet werden, daß sie unter Wettbewerbsbedingungen wirtschaften und weder staatliche Hilfen noch Steuervergünstigungen erhalten. Ein leistungsfähiger Mittelstand kann jedoch nicht ohne Privateigentum an Produktionsanlagen entstehen. Bei unternehmerischen Dispositionen spielt die Beileihung von Grundstücken eine erhebliche Rolle. Aus diesem Grunde sollte die Möglichkeit, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben, gewährleistet werden.

Im Bereich der privaten Haushalte wird im Zuge der Angleichung der Rechtssysteme in beiden deutschen Staaten der konsequente Übergang zu privatem Eigentum an Grund und Boden unumgänglich sein. Ein möglicher Weg dazu wäre, Bürgern, die zu einem bestimmten Stichtag in der DDR gelebt haben, ein Vorkaufsrecht bei Grundstücken aus Staatsbesitz einzuräumen, das nach einer festzulegenden Frist verfällt, so daß dann auch andere Interessenten zum Zuge kommen.

Der Schritt in die Währungsunion

Einkommen, Preise, Wettbewerbsfähigkeit

In der zur Zeit laufenden Diskussion über die Modalitäten der Währungsunion entsteht der Eindruck, als würden mit der Umstellung der Bestände auch die in Geldeinheiten ausgedrückten Stromgrößen (Einkommen, Renten, Mieten, Kapitaldienst) endgültig festgelegt. Das ist jedoch eine irreführende Betrachtungsweise. Eine echte Umstellung gibt es nur bei Geldbeständen. Stromgrößen werden nur insoweit vom Austausch einer Währung in eine andere berührt, wie sich die jeweiligen Vertragspartner an noch laufende Verträge gebunden fühlen. Bei einem Umbruch des Ausmaßes wie in der DDR gilt sicherlich, daß Verträge, die sich auf laufende Leistungen beziehen, binnen kurzem durch neue marktgerechte Verträge abgelöst werden. Folglich kann die Art und Weise der Währungsumstellung höchstens ein Signal an die unabhängigen Vertragspartner geben, ihre noch laufenden Verträge zu überprüfen. Denn der Kurs bei der Umstellung der Geldbestände muß der — beträchtlichen — Hypothek der Vergangenheit Rechnung tragen. Diese Hypothek ist nicht unabhängig von den vor der Währungsunion laufenden Verträgen zustande gekommen.

Der Rückschluß vom angemessenen Umstellungskurs der Bestände auf die Haltbarkeit der Verträge für laufende Zahlungen ist allerdings dann nicht ohne weiteres möglich, wenn sich mit der Währungsreform die Gesamtumstände des wirtschaftlichen Handelns von Beginn an ändern. Das ist bei der Währungsunion der DDR mit der Bundesrepublik sicher der Fall. Die Unternehmen werden in ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Umfeld gestellt, das zwar einen enormen Anpassungsdruck ausübt, aber auch erhebliche Vorteile mit sich bringt. Die Vorteile betreffen vor allem folgende Punkte:

- Durch den Einstieg in ein marktwirtschaftliches System, mit aussagekräftigen Preisen und einer die Motivation der Mitarbeiter fördernden Lohnstruktur, wird sich in recht kurzer Zeit ein enormer Produktivitätsschub verwirklichen lassen. Um diesen potentiellen Produktivitätsschub ökonomisch umsetzen zu können, müssen die Unternehmen der DDR aber dem am Anfang der Währungsunion besonders starken Wettbewerbsdruck aus dem Ausland standhalten können. Das spricht vor allem bei den Lohnsätzen für einen sehr vorsichtigen Einstieg, zumal die Aussicht besteht, schon bald erhebliche Reallohnsteigerungen im Zuge der Produktivitätserhöhung realisieren zu können.
- Importe aus dem westlichen Ausland werden sehr viel billiger und können prinzipiell in jeder beliebigen Menge bezogen werden. Das Problem notorisch unzureichender Vorleistungen in der DDR ist über Nacht gelöst. Auch um diesen Vorteil nutzen zu können, müssen die Unternehmen von vornherein so wettbewerbsfähig sein, daß sie kreditwürdig sind.

— Bisher waren die Unternehmen in der DDR, insbesondere die des verarbeitenden Gewerbes, mit extrem hohen Abgaben an den Staat belastet. Durch die Übernahme eines den westlichen Verhältnissen entsprechenden Steuersystems ergeben sich erhebliche Kostentlastungen bei den Unternehmen. Freilich steht der Steuerentlastung der Unternehmen eine zusätzliche Belastung mit Lohnnebenkosten durch die Einführung eines Sozialversicherungssystems gegenüber. Berücksichtigt man die Vorteile, die sich aus diesen grundlegenden Änderungen ergeben, dann relativiert sich das Problem der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR etwas.

Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß ein gesamtwirtschaftliches Lohnniveau, das dem gemessenen Produktivitätsgefälle Rechnung trägt, genügt, um nach der Errichtung einer Währungsunion hohe Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Rechnung „niedrigere Produktivität und entsprechend niedrigere Löhne in der DDR ergeben gleiche Kosten, also gleiche Wettbewerbsfähigkeit“ wäre nur dann anwendbar, wenn die DDR in den Prozeß der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung bereits eingebunden wäre und ihre spezifischen Nischen aufgrund komparativer Vorteile gefunden hätte. Die Produktionsstruktur der DDR ist aber die Produktionsstruktur eines Landes, dessen Politik auf weitgehende Autarkie ausgerichtet war. Das heißt, in der DDR wurde — gemessen an den Chancen eines einzelnen Landes auf dem Weltmarkt — eine viel zu große Produktpalette hergestellt. Wenn ein solches Land von einem Tag auf den anderen dem Konkurrenzdruck des Weltmarktes ausgesetzt wird, muß es seine Produktionsstruktur fundamental verändern.

Das ist das spezifische Strukturproblem der DDR. Es kann auch durch eine vorsichtige Lohnpolitik nicht gelöst, wohl aber gemildert werden. Eine solche Politik würde die Umstellung der Betriebe auf die Produktion wettbewerbsfähiger Güter erleichtern.

Auf Betriebsebene sollten Tarifverhandlungen mit dem Ziel beginnen, eine tragfähige Kostenbasis für die Unternehmen zu schaffen. Bei der Festlegung des lohnpolitischen Kurses sollten sich alle Beteiligten von der Überlegung leiten lassen, daß Lohnvereinbarungen, die zu einer Lohnerhöhung beim Einstieg in die Währungsunion, also schon vor einer entsprechenden Produktivitätserhöhung in der DDR, führen, die Wettbewerbsprobleme der DDR-Wirtschaft verschärfen würden.

Auch bei einer vorsichtigen Nominallohnpolitik müssen jedoch die Reallöhne nicht notwendigerweise sinken. Wie hoch aber wird das Preisniveau — das für das reale Lohnniveau bedeutsam ist — in der DDR nach der Währungsunion sein?

Die Antwort auf diese Frage ist mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, auch weil niemand das Güterbündel kennt, das der typische Haushalt der DDR dann nach-

fragen wird. Dennoch läßt sich eine grobe Abschätzung vornehmen.

Bei nicht-handelbaren Dienstleistungen, wie im Handwerksbereich oder bei öffentlichen Dienstleistungen, könnten sich Entlastungen der Unternehmen durch Steuersenkungen und Belastungen durch Sozialabgaben und Wegfall von Subventionen die Waage halten, so daß angesichts des hohen Gewichts der Löhne in diesem Bereich das niedrige Lohnniveau deutlich zu Buche schlägt. Die Preise müssen sich nicht weit vom heutigen Niveau in der DDR entfernen. Mieten werden noch für einige Zeit niedrig sein. Dieses dürfte selbst bei Freigabe der Mieten für den Wohnungsbau gelten, weil die Preise für Grund und Boden sowie die Löhne, die für die Baukosten große Bedeutung haben, wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik sind.

In der Landwirtschaft werden sicherlich — wie in den westeuropäischen Volkswirtschaften — die Produzenten durch Subventionen geschützt bleiben. Das Niveau der Lebensmittelpreise wird sich aber dem der Bundesrepublik anpassen müssen. Das bedeutet für die Haushalte in der DDR eine kräftige Verteuerung.

Im gesamten Bereich der handelbaren Güter wird sich nach der Währungsumstellung sehr kurzfristig ein Preisniveau wie in der Bundesrepublik ergeben. Viele Güter aus dem Westen, die bisher zum Umtausch aus dem Devisenfonds mit 3 M : 1 DM bezahlt werden müssen, werden sich stark verbilligen. Der Anteil dieser Güter am gesamten Warenkorb der DDR-Haushalte wird sicher drastisch zunehmen. Die meisten Güter aus der Produktion der DDR werden sich nur bei beträchtlichen Preissenkungen am Markt behaupten.

Zusammen ergibt sich, daß vor allem Nahrungsmittel und einige bisher subventionierte Dienstleistungen erheblich teurer werden. Das Preisniveau insgesamt dürfte aber sinken. Aus diesem Grunde sollte bei der Suche nach dem geeigneten Nominallohniveau mit sehr großer Vorsicht vorgegangen werden. Oberstes Ziel sollte es sein, in der Übergangszeit möglichst viele Arbeitsplätze in der DDR zu erhalten. Keinesfalls darf der Aufholprozeß belastet werden, in dessen Verlauf sehr hohe Produktivitätssteigerungen möglich sind, die dann für Reallohnerhöhungen genutzt werden können.

Diese Überlegungen zeigen, daß man mit einer währungspolitischen Maßnahme nicht Sozialpolitik betreiben kann. Das scheinbare Geschenk eines hohen Reallohns durch im Vergleich zu den Nominallöhnen niedrige Importpreise, wie es sich viele bei einer „Umstellung“ von 1:1 vorstellen, ist in Wirklichkeit kein Geschenk, sondern wird für die Wirtschaft insgesamt mit dem Verlust vieler Arbeitsplätze erkaufte. Sozialpolitische Hilfen müssen aus öffentlichen Haushalten geleistet werden. Währungspolitische Manipulationen eignen sich dafür nicht.

Geldausstattung und Bestandsumstellung

Mit der für den Sommer beabsichtigten Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR soll die Mark der DDR (Mark oder M) als gesetzliches Zahlungsmittel von der Deutschen Mark (D-Mark oder DM) abgelöst werden. In diesem Zusammenhang ist zunächst festzulegen, wie hoch die Erstaussstattung der DDR mit DM-Zentralbankgeld zur Deckung des Bargeldbedarfs und des Bedarfs an Reserven für den Anfangsbestand an Buchgeld (Sichtguthaben) sein soll. Die privaten Haushalte, die Betriebe und der Staat brauchen eine Erstaussstattung mit Geld, um in den ersten Tagen und Wochen, in denen viele noch keine oder keine ausreichenden Einnahmen erzielen, die notwendigen Transaktionen bestreiten zu können.

Ausgerichtet werden sollte diese zusätzlich bereitgestellte Geldmenge an den zu erwartenden Einkommen und Umsätzen im Gebiet der DDR. Niemand kann heute zuverlässig voraussagen, wie hoch nach der Währungsumstellung das Bruttosozialprodukt in der DDR sein wird. Dies hängt vor allem von der Wettbewerbsfähigkeit der DDR ab. Sie wird vor allem davon bestimmt, wie rasch und wie durchgreifend Reformen durchgeführt werden und welches Kostenniveau sich dabei ergibt. Hier ist mit einem Bruttosozialprodukt von 300 Mrd. DM gerechnet worden; der Unsicherheitsbereich ist aber sehr groß. Unterstellt man, daß sich in der DDR zwischen dem nominalen Bruttosozialprodukt und dem Geldvolumen M1 (Bargeld und Sichtguthaben) eine ähnliche Relation wie in der Bundesrepublik (etwa 6:1) herausbilden wird, dann ergibt sich als erforderliche Erstaussstattung der Nichtbanken in der DDR ein Geldvolumen M1 von etwa 50 Mrd. DM.

Legt man außerdem eine Aufteilung der Geldmenge M1 in Bargeld und Sichteinlagen wie in der Bundesrepublik zugrunde, so beliefe sich der Bargeldbedarf auf rd. 15 Mrd. DM. Das im Anfangsstadium der Währungsunion erforderliche Buchgeld (Sichtguthaben) dürfte also 35 Mrd. DM betragen. Wenn die Kreditinstitute in der DDR — wie die in der Bundesrepublik — davon Mindestreserven zu halten hätten, würde ihr Anfangsbedarf an Zentralbankgeld etwa 5 Mrd. DM sein. Zusammen mit dem Bargeldbedarf wäre eine für Transaktionszwecke erforderliche Erstaussstattung der DDR mit Zentralbankgeld in der Größenordnung von rd. 20 Mrd. DM anzusetzen (Tabelle).

Gegenüber dem Bestand an DM-Zentralbankgeld in der Bundesrepublik — Mitte 1990 vermutlich 220 Mrd. DM — bedeutete dies einen Anstieg von 9 vH. Das Geldvolumen M1, das Mitte 1990 bei 430 Mrd. DM liegen dürfte, würde nicht viel stärker (um 1 1/2 vH) zunehmen. Eine Ausweitung der Geldbestände in dieser Größenordnung kann die Stabilität des Geldwertes wohl nicht gravierend beeinträchtigen. Eine Fehlermarge von 30 Prozent bei der Bemessung der erforderlichen Erstaussstattung mit Geld macht nicht mehr als 3 vH des Gesamtgeldbestandes aus.

Beispielrechnung: Geldbestände unmittelbar nach der Währungsumstellung Bundesrepublik Deutschland und DDR in Mrd. DM

	Bunderepublik Deutschland	DDR ¹⁾	Währungsgebiet insgesamt
Geldmenge M1			
Bargeldumlauf	150	15	165
Sichteinlagen	280	35	315
Insgesamt	430	50	480
Zentralbankgeld			
Bargeldumlauf	150	15	165
Reserven der Banken ²⁾	70	5	75
Insgesamt (Geldbasis)	220	20	240
Nachrichtlich³⁾: Nominales BSP	2 400	300	2 700

1) Erstaussattung mit D-Mark. — 2) Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank für Mindest- und Überschußreserven. — 3) Bundesrepublik: 1990; DDR: BSP nach der Währungsumstellung, auf Jahresbasis.

Bei der Erstaussattung könnte ähnlich wie bei der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948 vorgegangen werden. Jeder Bürger kann denselben Betrag gegen Mark der DDR umtauschen. Bei den Betrieben, den Trägern der Sozialversicherung und bei den übrigen öffentlichen Stellen ist ein Anhaltspunkt für den ersten Transaktionsbedarf die Zahl der Beschäftigten, der Rentner und der Arbeitslosen.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Erstaussattung mit D-Mark jedem einzelnen Betrieb und jeder öffentlichen Stelle gerecht wird. Einerseits wird es Betriebe und öffentliche Stellen geben, die weniger erhalten, als sie für die laufenden Transaktionen nach der Währungsumstellung benötigen; sie werden zusätzliche Zahlungsmittel nachfragen. Andererseits wird es Betriebe und öffentliche Stellen geben, die zu viel bekommen; sie werden Zahlungsmittel anbieten wollen. Zum Ausgleich dieser Fehlbeträge und Überschüsse ist ein Geldmarkt erforderlich.

Es ist die Aufgabe eines funktionsfähigen Bankensystems, einen effizienten Geldmarkt zu entwickeln. Damit dies möglichst rasch erreicht wird, sollte schon mit der Währungsunion das Bankensystem der DDR an das in der Bundesrepublik angepaßt werden. Das Recht, DM-Noten zu emittieren, und die Zuständigkeit für die Geldpolitik müßten der Bundesbank übertragen werden. Die Staatsbank der DDR hätte im Verhältnis zur Bundesbank eine ähnliche Funktion wie die Landeszentralbanken in der Bundesrepublik. Der Kreditbedarf des Staates würde nicht mehr von der Zentralbank, sondern über den Markt

gedeckt, wodurch die Trennung der Finanzpolitik von der Geldpolitik gewährleistet wäre.

Wesentlich schwieriger als die Ermittlung der Erstaussstattung von Haushalten, Unternehmen und Staat mit D-Mark ist die Aufgabe, die Geldvermögen und die Verbindlichkeiten angemessen umzustellen. Die vielfältigen Äußerungen von Politikern und die jüngsten Empfehlungen der Bundesbank zur Umstellung der Spareinlagen haben eine erhebliche Unsicherheit darüber hervorgerufen, ob die gesamten Geldvermögen und Verbindlichkeiten im Verhältnis 1:1 umgestellt werden oder ob ein beträchtlicher Teil davon zu einem niedrigeren Kurs — im Gespräch sind 2 M : 1 DM — umgestellt wird. Dieses Problem hat mehrere, ökonomische und politische, Aspekte.

So wird befürchtet, daß es bei einer vollen Umstellung der Sparkonten (Ende 1989: 162 Mrd. M) zum Kurs 1:1 zu einer das Angebot an Konsumgütern überfordernden Mehrnachfrage, insbesondere in der Bundesrepublik, und damit zur Inflation kommt, da ein starker Nachholbedarf an westlichen Konsumgütern besteht. Auf der anderen Seite würden DM-Anlagen höher verzinst als die bisherigen Mark-Anlagen in der DDR. Zudem dürfte auch die Vorsorge in Hinblick auf eine eventuelle Arbeitslosigkeit den Konsumdrang bremsen.

Wegen dieser Ungewißheit bietet es sich an, einen nennenswerten Teil der Spargelder in handelbare Bankschuldverschreibungen der DDR mit marktüblicher Verzinsung umzuwandeln. Massive Verkäufe dieser Titel wären nur zu niedrigeren Kursen möglich; die damit verbundene Zinserhöhung würde die Nachfrage nach Gütern dämpfen. Eine Alternative zur Ausgabe von Schuldverschreibungen wäre das Einfrieren eines großen Teils der Spareinlagen. In diesem Falle sollte den Sparern die Möglichkeit eingeräumt werden, mit den stillgelegten Spareinlagen Sachvermögen aus dem Staatseigentum zu erwerben.

Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß bei einem allgemeinen Umstellungskurs von 1:1 erhebliche Belastungen auf die Betriebe zukommen. Bei einer Umstellung der Schulden zu diesem Kurs wären in der Wohnungswirtschaft (ausstehende Bankkredite Ende 1989: 108 Mrd. M; davon 85 Mrd. M für den staatlichen Wohnungsbau) und in den übrigen Wirtschaftsbereichen (260 Mrd. M) viele Betriebe vermutlich nicht in der Lage, die Zinsen aus ihren laufenden Einnahmen zu erwirtschaften; dies gilt vor allem, weil die Zinssätze nicht mehr künstlich niedrig gehalten, sondern dem Marktniveau angepaßt werden. Hinzu kommt, daß die Verschuldung der Betriebe unterschiedlich ist und daß für ihr Zustandekommen keine Rentabilitätsüberlegungen, sondern politische Entscheidungen maßgeblich waren. Soll verhindert werden, daß die Startbedingungen für die einzelnen Betriebe sehr ungleich sind und daß viele Betriebe bald Konkurs anmelden, dann bliebe nur die Alternative, die Schulden der Betriebe vollständig abzuschreiben. Im Gegenzug müßten

diese freilich auf ihre Guthaben, mit Ausnahme der Erstaussstattung, verzichten. Soweit die Betriebe in Staatseigentum sind — dies trifft für den größten Teil zu —, entstünde aus der Streichung der Kredite keine unerwünschte Begünstigung für die Schuldner, sondern es fände nur eine Konsolidierung der Bilanz des Staates im weitesten Sinne statt. Die Neigung vieler Betriebe, Abgaben an den Staat nicht abzuführen, sondern stattdessen Guthaben bei der Staatsbank anzusammeln, ruft beim Staat, der weiterhin Mittel an die Betriebe zahlt, zusätzlich Defizite hervor, die offensichtlich überwiegend durch die Geldschöpfung der Staatsbank finanziert werden. Auch dies spricht dafür, eine Konsolidierung innerhalb des Sektors „Staat — Staatsbank — staatliche Betriebe (einschließlich Wohnungswirtschaft)“ vorzunehmen. Im Falle der privaten Unternehmen könnte man vorsehen, die Verbindlichkeiten und die Guthaben zu ähnlichen Kursen umzustellen wie Sparkonten. Zu prüfen wäre, ob dadurch unerwünscht hohe Vermögensvorteile oder -nachteile entstünden. Sollte dies der Fall sein, könnte dem mit einem Lastenausgleich innerhalb der DDR entgegengewirkt werden.

Werden die Forderungen und Guthaben der Betriebe gestrichen und die Spareinlagen der privaten Haushalte vollständig im Verhältnis 1:1 umgestellt, dann müssen die Kreditinstitute zum Ausgleich ihrer Bilanz Ausgleichsforderungen an den DDR-Staat in Höhe von etwa 170 Mrd. DM erhalten (Bestände von Ende 1989).

Würde man die Spareinlagen — mit Ausnahme eines Betrages von 2 000 DM pro Kopf — zu einem Kurs von 2:1 umstellen, würden sich die anfallenden Ausgleichsforderungen um rd. 70 Mrd. DM reduzieren. In jedem Falle käme hinzu, daß die Bundesbank Ausgleichsforderungen in Höhe des von ihr für die Erstaussstattung bereitgestellten DM-Zentralbankgeldes erhalten muß; diese Forderungen dürften sich — wie erwähnt — auf 20 Mrd. DM belaufen.

Wenn die Ausgleichsforderungen marktüblich verzinst werden, würde dies für den Staatshaushalt der DDR eine beträchtliche Zinslast bedeuten. Da die hinter den Staatsschulden stehende Steuerkraft der DDR von den Finanzmärkten wahrscheinlich gering eingeschätzt werden würde, erscheint es wohl unausweichlich, daß die Bundesrepublik (Bund und Länder) hierfür eine Garantie abgibt. Im Falle der Umstellung zum Kurse 1:1 betrügen die für die Ausgleichsforderungen zu zahlenden Zinsen etwa 13 Mrd. DM. Bei einer Umstellung im Verhältnis 2 M : 1 DM wären 8 Mrd. DM zu leisten (unterstellter Zinssatz 8%).

Die Belastung der öffentlichen Haushalte mit diesem Schuldendienst ließe sich dadurch verringern, daß umgehend mit der Privatisierung des Staatsvermögens begonnen würde und die daraus erzielten Einnahmen zur Tilgung der Ausgleichsforderungen eingesetzt würden.

Staatshaushalt der DDR nach der Währungsunion

Durch die Währungsumstellung und die damit verbundenen Reformen wird auch die staatliche Tätigkeit in der DDR auf eine völlig neue Basis gestellt. Wird eine Reihe von Strukturgrößen bei den Einnahmen und den Ausgaben des Staates in der Bundesrepublik herangezogen, so können unter Berücksichtigung einiger Spezifika der DDR Anhaltspunkte für öffentliche Einnahmen und Ausgaben dort im Übergangszeitraum gewonnen werden.

Unter den neuen Bedingungen könnten die Staatsausgaben der DDR (ohne Sozialversicherung) auf etwa 35 vH des Bruttosozialprodukts begrenzt werden. Dabei würde sich etwa folgende Ausgabenstruktur ergeben:

- Der Anteil der Personalausgaben der DDR an den Gesamtausgaben ist zunächst noch etwas höher als in westlichen Ländern, auch wenn die Mittel im Sicherheitsbereich auf die relative Größenordnung in der Bundesrepublik verringert werden. Insgesamt bedeutet das Personalausgaben von etwa einem Viertel der Gesamtausgaben.
- Der Sachaufwand beträgt rd. ein Zehntel der Gesamtausgaben.
- Staatliche Investitionen belaufen sich ebenfalls etwa auf ein Zehntel der Gesamtausgaben; der Anteil ist damit etwas höher als in der Bundesrepublik, gemessen am Pro-Kopf-Aufwand der Bundesrepublik ist er aber niedrig.
- Die Transfers an private Haushalte werden, bei Umstellung von Objekt- auf vermehrte Subjektförderung, in der bisherigen Höhe beibehalten und betragen etwa 15 vH der Ausgaben.
- Die Subventionen in der DDR werden trotz der sofort notwendigen starken Kürzungen in der Übergangsphase noch recht hoch sein, insbesondere die Subventionen in der Landwirtschaft.
- Die Zinsausgaben für die Staatsschulden, einschließlich der hier unterstellten Ausgleichsforderungen, betragen rd. ein Fünftel der Gesamtausgaben.

Auch bei Einführung eines Steuersystems nach dem Muster der Bundesrepublik wird es zunächst nicht gelingen, Einnahmen zu erwirtschaften, die den Ausgaben entsprechen. Vor allem ist das Einkommensteuersystem wenig ergiebig. Schwerpunktmäßig wird bei der Besteuerung des Verbrauchs angesetzt werden müssen, und dafür bieten sich mit der raschen Einführung einer Mehrwertsteuer und spezifischer Verbrauchsteuern gute Möglichkeiten. Insgesamt könnte der Staat — auch ohne übermäßige Belastung der Volkswirtschaft — Einnahmen in Höhe von rd. 20 vH des Bruttosozialprodukts erzielen.

Dabei ist folgende Einnahmenstruktur unterstellt:

- Die Mehrwertsteuer erbringt mit Sätzen wie in der Bundesrepublik knapp 40 vH des Mittelaufkommens.
- Lohn- und Gewinnsteuern tragen mit Sätzen wie in der

Bundesrepublik nur ein Fünftel zu den Gesamteinnahmen bei.

- Die sonstigen indirekten Steuern und Gebühren erbringen rd. 30 vH der Gesamteinnahmen. Dabei ist eine spezielle Steuer zur Finanzierung der Gemeinden unterstellt.
- Die Bundesrepublik zahlt projektgebundene Infrastrukturhilfen in Höhe von rd. 10 Mrd. DM.

Würde der Staat durch die Privatisierung von Unternehmen und Grund und Boden Veräußerungserlöse in einer Größenordnung von jährlich 15—20 Mrd. DM erzielen, so würde der staatliche Netto-Kreditbedarf in der DDR nach dieser Überschlagsrechnung etwa 10 vH des Bruttosozialprodukts betragen. Das mag, gemessen am Durchschnitt in den westlichen Industrieländern, hoch sein. Für ein Land im Umbruch, das mit der Unterstützung der Bundesrepublik rechnen kann, ist dies eine gleichwohl tragbare Größenordnung. Für die beiden deutschen Staaten ergäbe sich eine laufende Staatsverschuldung von etwa 2 vH des gemeinsamen Bruttosozialprodukts. Sicherlich ist die Fehlermarge für diese Schätzung beträchtlich; doch selbst bei einem etwas größeren Defizit im Staatshaushalt der DDR dürften kaum Größenordnungen erreicht werden, die sich durch Kreditaufnahmen an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten nicht bewerkstelligen ließen.

Finanzielle Defizite dürften sich auch im Sozialversicherungssystem der DDR ergeben. Bei den in der Bundesrepublik üblichen Beitragssätzen beliefe sich die Anschubfinanzierung auf jährlich 5 bis 10 Mrd. DM. Doch auch das scheint finanzpolitisch verkraftbar.

Ausblick 1990

Nach wie vor ist unsicher, wie die Reformen in der DDR ausgestaltet werden, wie die konkreten Modalitäten der Währungsunion sein werden und wie sich das alles auf das Verhalten der Konsumenten und Sparer in der DDR nach der Einführung der Währungsunion auswirkt. Deshalb ist auch die Unsicherheit über die Auswirkungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik groß. Vor diesem Hintergrund darf eine Prognose, wie sie hier erstellt wird, nicht überbewertet werden.

Um die möglichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik näherungsweise zu erfassen, wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die Währungsunion wird im Sommer 1990 verwirklicht.
- Gleichzeitig wird eine durchgreifende Wirtschaftsreform in der DDR realisiert.

Ferner werden zwei Varianten hinsichtlich der Umstellung von Konten, der Höhe der Löhne und Renten sowie des Sparverhaltens in Betracht gezogen. In der einen Va-

riante haben die Haushalte der DDR nominal recht hohe Einkommen zur Verfügung. Davon geben sie einen vergleichsweise großen Anteil für Käufe von Gütern aus dem Westen aus. Darüber hinaus lösen sie in erheblichem Umfange Vermögenswerte auf. In der anderen Variante sind die nominal verfügbaren Einkommen niedriger, und eine Auflösung von Vermögenswerten per saldo wird nicht unterstellt.

Bei der Berechnung der Nachfragewirkungen auf die Bundesrepublik ist zu berücksichtigen, daß

- ein Teil der Nachfrage direkt vom Ausland bedient wird,
- die in der Bundesrepublik produzierten Güter einen hohen Importanteil enthalten,
- von seiten der Bundesrepublik in erheblichem Maße privates und öffentliches Kapital in die DDR fließt und dies wiederum Rückwirkungen auf die Nachfrage nach Investitionsgütern in der Bundesrepublik hat,
- die Nachfrage aus der DDR teilweise zu einer Verdrängung von Exporten der Bundesrepublik in andere Länder und von Direktinvestitionen dort führt,
- es in gewissem Umfang zu Investitions- und Produktionsverlagerungen aus der Bundesrepublik in die DDR kommt.

Nimmt man alles zusammen, könnte es bei der ersten Variante, auf ein Jahr gerechnet, zu einem zusätzlichen Nachfrageschub in der Bundesrepublik in der Größenordnung von 50 Mrd. DM kommen. Das würde letztlich eine Erhöhung des Bruttosozialprodukts gegenüber einer Basisvariante ohne Währungsunion um etwa zwei Prozentpunkte bedeuten. In der DDR wäre wegen des unterstellten höheren Lohnkostendrucks und der daraus resultierenden geringeren Wettbewerbsfähigkeit die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch.

Bei der zweiten Variante wäre der Nettonachfrageeffekt für die Bundesrepublik nur etwa halb so groß. In der DDR bliebe die Arbeitslosigkeit erheblich geringer, da mehr Betriebe konkurrenzfähig wären.

Der Prognose liegt eine mittlere Variante zugrunde, bei der es in der Bundesrepublik alles in allem im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion zu einem zusätzlichen Nachfrageschub aus der DDR in einer Größenordnung von 35 bis 40 Mrd. DM kommt; davon wird der weitaus größte Teil erst 1991 wirksam.

Außerdem wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die Expansion des realen Welthandels verlangsamt sich im laufenden Jahr etwas.
- Die Rohstoffpreise gehen weiter leicht zurück. Der Ölpreis verharrt bei rd. 18 Dollar je Barrel.
- Der reale Außenwert der D-Mark bleibt konstant.
- Der Geldpolitik gelingt es, das Niveau und den Expansionspfad des Geldvolumens tendenziell an das Pro-

duktionspotential des erweiterten D-Mark-Währungsraums anzupassen.

- Die Tariflohnabschlüsse liegen etwas höher als im Vorjahr. Eventuelle Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen werden erst 1991 wirksam.
- Die Finanzpolitik hat mit der Steuersenkung im laufenden Jahr starke Konjunktur- und Wachstumspulse gegeben. Eventuelle finanzpolitische Maßnahmen für die DDR, die über den verabschiedeten Nachtragshaushalt des Bundes hinausgehen, wirken sich nur in geringem Maße auf das laufende Jahr aus.
- Unter der weiteren Annahme, daß sich die zusätzliche Kreditaufnahme für die DDR in relativ engen Grenzen hält und der Kosten- und Preisanstieg nur wenig zunimmt, wird sich das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt nicht nennenswert verändern.

Unter diesen Bedingungen wird sich die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik im laufenden Jahr mit nahezu ungebrochener Dynamik fortsetzen.

Zusätzliche Exportdynamik durch Öffnung der DDR

Die Exportbedingungen werden auch in diesem Jahr günstig bleiben. Das Expansionstempo wird sich zunächst allerdings etwas verlangsamen. Die Auftragsbestände aus dem Ausland sind zwar sehr hoch, doch haben sich die Auftragseingänge und auch die Exporterwartungen der Unternehmen zuletzt etwas abgeschwächt. Die Investitionsgüternachfrage aus Westeuropa bleibt wegen der auch im Ausland vorhandenen Kapazitätsengpässe und der Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt rege. Die Exportnachfrage aus den USA dürfte nach Überwindung der konjunkturellen Abschwächung im Verlauf des Jahres wieder leicht zunehmen.

Deutlich steigen werden weiterhin die Lieferungen in die europäischen Staatshandelsländer. Die politische Öffnung, verbunden mit zunehmender Kreditgewährung, wird die Nachfrage dieser Länder nach Waren aus den westlichen Industrieländern kräftig expandieren lassen. In besonders starkem Maße gilt dies nach der Währungsunion für die Exporte in die DDR; hier dürfte die Bundesrepublik beträchtliche Wettbewerbsvorteile besitzen. Die wirtschaftliche Umstrukturierung wird zu einem hohen Bedarf an Investitionsgütern führen, der zweifellos zu einem großen Teil durch Lieferungen aus der Bundesrepublik gedeckt werden dürfte. Daneben wird aber sofort nach Beginn der Währungsunion auch die Nachfrage nach Verbrauchsgütern steigen, um das knappe Warenangebot aus der Produktion der DDR zu ergänzen. Dies schlägt sich allerdings nur in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Export nieder. In der Außenhandels- und Zahlungsbilanzstatistik gilt die DDR nicht als Ausland, der innerdeutsche Waren- und Leistungsverkehr wird hier schon immer als Binnenhandel betrachtet.

Öffentliche Haushalte unter dem Einfluß von Steuerreform und günstiger Konjunktur

Von der Finanzpolitik gehen im laufenden Jahr beachtliche expansive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dies ist vor allem auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen zurückzuführen, die in diesem Jahr insgesamt zu einer Entlastung von etwa 30 Mrd. DM führen. Wegen der Mindereinnahmen wird das Aufkommen aus Gewinnsteuern und Lohnsteuer trotz der anhaltend kräftigen konjunkturellen Expansion um 2 ½ vH sinken. Die indirekten Steuern werden dagegen wegen der steuerreformbedingten Belebung des privaten Verbrauchs kräftig zunehmen. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 1989, die den Haushaltsplanungen für 1990 zugrunde liegt, können die öffentlichen Haushalte mit Mehreinnahmen in Höhe von 8 ½ Mrd. DM rechnen. Die günstige Konjunktorentwicklung bewirkt auch, daß die Einnahmen der Sozialversicherung trotz der Senkung der Beitragssätze zur Krankenversicherung kräftig steigen. Die gesamten Staatseinnahmen werden sich um 2 ½ vH erhöhen. Dabei ist unterstellt, daß die Bundesbank einen etwa ebenso hohen Gewinn wie im Vorjahr an den Bund abführen wird.

Die Ausgaben des Staates werden dagegen nach dem langsamen Anstieg im Vorjahr wieder beschleunigt zunehmen, nämlich um 5 vH. Bei der Prognose wurde unterstellt, daß — über den Nachtragshaushalt des Bundes hinaus — 2 bis 3 Mrd. DM zugunsten der DDR aufgewendet werden. Der Staatsverbrauch wird mit 5 vH expandieren, d.h. rascher als im letzten Jahr, in dem die Sachausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung wegen der reformbedingten Einsparungen und der in das Jahr 1988 vorgezogenen Inanspruchnahme von Leistungen sogar zurückgegangen waren. Auch die Personalausgaben nehmen verstärkt zu, da im öffentlichen Dienst die Lohn- und Gehaltszulagen aufgestockt wurden.

Kräftig werden auch die laufenden Übertragungen an private Haushalte expandieren. Zwar führt die konjunkturelle Expansion zu Minderausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung, doch ergeben sich erhebliche Mehrausgaben durch die Erhöhung diverser Sozialleistungen (Erziehungsgeld, Kindergeld, BAFöG, Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose) sowie als Folge des Zustroms von Aus- und Übersiedlern (Eingliederungsgeld und sonstige Eingliederungsmaßnahmen, Leistungen im Rahmen bestehender Sozialgesetze). Der aufgrund der Ereignisse in der DDR beschlossene Nachtragshaushalt des Bundes beträgt knapp 7 Mrd. DM. Darin enthalten sind die Mittel für den Devisenfonds und die Hilfen für die DDR.

Die Ausgaben für öffentliche Investitionen werden nach der kräftigen Steigerung im Vorjahr voraussichtlich etwas schwächer zunehmen. Ausschlaggebend hierfür ist, daß sich die Finanzlage der Gemeinden aufgrund der Mehrausgaben im Personal- und Sozialbereich sowie aufgrund

der reformbedingten Steuermindereinnahmen anspannen wird. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß Bund, Länder und Gemeinden im Finanzplanungsrat vereinbart haben, den Beginn von Hochbaumaßnahmen zurückzustellen, um auf diese Weise eine verstärkte Beanspruchung der Produktionskapazitäten im Baubereich zu verhindern. Andererseits fallen höhere Ausgaben für den Bau von Übergangswohnheimen für Aus- und Übersiedler sowie für die Infrastruktur im Grenzbereich mit der DDR an.

Nach dem Überschuß von knapp 5 Mrd. DM im vergangenen Jahr wird der Staat in diesem Jahr aufgrund der deutlichen Verringerung der Abgabenbelastung und der in den verschiedenen Ausgabenbereichen entstehenden Mehrbelastungen wieder ein Defizit hinnehmen müssen. Es dürfte sich auf 20 Mrd. DM oder 0,8 vH des Bruttosozialprodukts belaufen. Während das Defizit der Gebietskörperschaften von 10 ½ Mrd. DM auf 35 ½ Mrd. DM steigt, wird der Überschuß der Sozialversicherungen mit rd. 15 ½ Mrd. DM ähnlich hoch sein wie im Vorjahr.

Steuersenkung und Zuwanderung stimulieren privaten Verbrauch

Der private Verbrauch wird im laufenden Jahr beschleunigt zunehmen. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die umfangreichen Entlastungen durch die dritte Stufe der Einkommensteuerreform 1986/90, die verstärkte Expansion der Löhne und Gehälter und zusätzliche Sozialleistungen auch im Zusammenhang mit den Aus- und Übersiedlern. Für die Lohnpolitik wurde unterstellt, daß die Neuabschlüsse mit durchschnittlich etwa 6 vH deutlich höher liegen als zuvor und daß eventuelle Vereinbarungen über zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen erst 1991 wirksam werden. Die für dieses Jahr schon vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen dürften sich auf die effektive Arbeitszeit nicht auswirken, weil wegen der angespannten Konjunkturlage vermehrt Überstunden geleistet werden. Die Zahl der Beschäftigten wird um rd. 1 ½ vH zunehmen. Der Zuwachs der Nettolohn- und -gehaltsumme wird mit reichlich 9 vH so hoch sein wie zuletzt 1973. Die Renten, Pensions- und Unterstützungsleistungen werden mit knapp 6 vH ebenfalls beschleunigt ansteigen. Ursächlich dafür sind vor allem die Erhöhung verschiedener Sozialleistungen und die vermehrten Eingliederungshilfen an Aus- und Übersiedler; die Altersrenten werden zur Jahresmitte lediglich um 3,1 vH angehoben. Hier wurde angenommen, daß in diesem Jahr rd. 650 000 Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik einwandern (1989: 720 000).

Auch die entnommenen Gewinne und die Vermögenseinkommen werden angesichts der günstigen Konjunkturlage, der Steuersenkung und der hohen Zinsen beschleunigt expandieren. Insgesamt zeichnet sich ein Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 7 ½ vH ab. Real beträgt der Einkommenszuwachs rd.

4 ½ vH. Der private Verbrauch wird mit 4 vH etwas weniger zunehmen, da sich die Sparquote leicht erhöhen dürfte. Einkommenszuwächse aus Steuersenkungen werden im allgemeinen zunächst zu einem relativ großen Teil gespart. Zudem machen die höheren Zinsen das Sparen attraktiver. Ein gegenläufiger Effekt auf die Sparquote entsteht allerdings dadurch, daß mit den Aus- und Übersiedlern die Zahl der Haushalte, die wenig oder gar nicht sparen, zunimmt.

Ungebrochene Investitionsdynamik

Angesichts der günstigen Absatz- und Gewinnaussichten wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen lebhaft bleiben. Das Erweiterungsmotiv wird wegen der sehr hohen Kapazitätsauslastung noch an Bedeutung gewinnen. Dämpfende Einflüsse auf die Investitionsneigung, wie die Verlangsamung der Exportnachfrage aus einigen westlichen Industrieländern und der kräftige Zinsanstieg, werden daher die Investitionsdynamik im laufenden Jahr nur wenig bremsen. Bedeutsam für die Investitionsneigung in diesem Jahr werden die stark aufwärts gerichtete inländische Nachfrage, die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt 1993 und der sich abzeichnende Strukturwandel in den mittel- und osteuropäischen Ländern, vor allem in der DDR nach der Wirtschafts- und Währungsunion, sein. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt mit 8 vH nur wenig schwächer steigen als im Vorjahr.

Rege Bautätigkeit in allen Bereichen

Der Wohnungsbau profitiert von den kräftig expandierenden Realeinkommen, den verschiedenen Förderprogrammen und dem mit steigender Bevölkerungszahl stark zunehmenden Wohnungsbedarf, der die Mieten nach oben treibt. Andererseits wirken die hohen Hypothekenzinsen und der starke Anstieg der Bau- und Grundstückspreise zunehmend nachfragedämpfend. Die Dynamik im Wirtschaftsbau wird dagegen groß bleiben. Dafür sprechen das anhaltend günstige Investitionsklima und der Bedarf an bauintensiven Erweiterungsinvestitionen.

Nach der bisherigen Zunahme der Auftragseingänge und der Auftragsbestände ist auch im öffentlichen Bau mit einer lebhaften Produktionstätigkeit zu rechnen. Im Verlauf des Jahres dürfte sich die Nachfrage allerdings leicht abschwächen. Bei den öffentlichen Investoren werden wegen steuerreformbedingter Mindereinnahmen, zusätzlicher sozialer Leistungen und der gestiegenen Zinsen die Finanzierungsspielräume wieder etwas enger werden.

Die gesamten realen Bauinvestitionen werden mit einer Rate von 5 vH ähnlich stark ausgeweitet wie im vergangenen Jahr. Der Preisaufrtrieb wird sich nachfrage- und kostenbedingt weiter beschleunigen. Im Jahresdurch-

schnitt werden die Baupreise insgesamt um rd. 4 ½ vH höher sein als im Vorjahr.

Kräftiges gesamtwirtschaftliches Wachstum

Bei dem erwarteten lebhaften Anstieg der Nachfrage, einschließlich zusätzlicher Nachfrage aus der DDR, wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1990 um 3 ¾ vH zunehmen. Dies ist noch etwas mehr als in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Auslastung des Produktionspotentials steigt damit weiter an, und die Anspannungen vergrößern sich.

Importsog nimmt weiter zu

Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung wird die Expansion der Gesamtnachfrage den Importsog verstärken. Bei den Investitionsgütern gibt es im Inland lange Lieferfristen, so daß die Nachfrager auf Auslandsmärkte ausweichen. Infolge der starken Konsumnachfrage, auch aus der DDR, werden sich die Importe von Verbrauchsgütern stark erhöhen. Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten dürfte wegen der kräftig steigenden inländischen Güterproduktion und der gegenwärtig vergleichsweise niedrigen Vorräte ebenfalls erheblich zunehmen. Der Anstieg der Einfuhrpreise, insbesondere bei den Investitionsgütern, wird sich im Verlauf des Jahres zwar etwas beschleunigen, insgesamt aber mäßig bleiben.

Bei dieser Außenhandelsentwicklung werden die Überschüsse in der Handels- und der Leistungsbilanz, in denen der Handel mit der DDR nicht erfaßt ist, nahezu unverändert bleiben. Weiter zurückgehen wird der Handelsbilanzüberschuß gegenüber den außereuropäischen Ländern, nicht zuletzt den USA, während sich der Überschuß gegenüber den europäischen Ländern noch leicht erhöhen dürfte.

Der Außenbeitrag in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in der der Handel mit der DDR erfaßt ist, steigt sowohl real als auch in laufenden Preisen weiter.

Hoher Arbeitskräftebedarf

Bei der zu erwartenden Produktionsentwicklung wird der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften noch größer sein als im vergangenen Jahr. Das durch die Zuwanderungen erhöhte Arbeitskräfteangebot stößt somit auf einen sehr aufnahmefähigen Arbeitsmarkt. Der Facharbeitermangel wird aber gleichwohl zunehmen.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt um rd. 450 000 steigen. Neue Arbeitsplätze werden dabei im produzierenden Gewerbe einschließlich Baugewerbe und im Dienstleistungssektor geschaffen. Auch der Staat lockert seine Zurückhaltung bei Neueinstellungen wegen

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte				Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
	1987	1988	1989	1990 ¹⁾	1987	1988	1989	1990 ¹⁾
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 641,9	1 701,8	1 769,2	1 835,5	1,7	3,6	4,0	3 3/4
Inlandsnachfrage, real (Mrd. DM)	1 591,6	1 650,9	1 696,5	1 762,5	2,9	3,7	2,8	4
Gesamtnachfrage ²⁾ , real (Mrd. DM)	2 142,1	2 233,3	2 339,6	2 452,5	2,4	4,3	4,8	5
Erwerbstätige ³⁾ (Inländer, 1000 Personen)	27 157	27 354	27 729	28 200	0,7	0,7	1,4	1,5
Arbeitslose (1000 Personen)	2 229	2 242	2 038	1 950
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)	8,5	8,4	7,6	7,2
Verbraucherpreise ⁵⁾	0,6	1,2	3,1	3
Leistungsbilanzsaldo ⁶⁾ (Mrd. DM)	81,2	85,3	99,1	100
Finanzierungsaldo Staat ⁷⁾ (Mrd. DM)	-37,1	-45,2	4,9	-20

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 3) Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. — 4) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose); auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung. — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 6) Zahlungsbilanzstatistik. — 7) VGR-Konzept.

des höheren Bedarfs im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt etwas unter den Stand des Vorjahres sinken, obwohl das Erwerbspersonenpotential wegen der Zuwanderungen rascher zunimmt.

Preisaufrtrieb verstärkt sich

Angesichts der konjunkturellen Anspannung sowie der höheren Lohn- und Zinskosten dürften die Preise für die Lebenshaltung etwas beschleunigt steigen. Dies betrifft insbesondere die Mieten sowie die Preise für Dienstleistungen und Reparaturen. Dagegen werden wichtige Importgüter, insbesondere Benzin und Heizöl, sich nur wenig oder gar nicht verteuern. Gegen Ende des laufenden Jahres dürften die Lebenshaltungskosten um rd. 3 ½ vH über dem Vorjahr liegen. Im Jahresdurchschnitt 1990 wird der Preisanstieg etwa 3 vH betragen.

Ausblick 1991

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1991 wird stark von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion mit der DDR bestimmt sein. Die Weltkonjunktur wird dagegen nur geringe Anstöße geben. Von der Geldpolitik in der Bundesrepublik sind eher dämpfende Effekte zu erwarten. Zwar dürfte sie die Zügel kaum noch anziehen, weil der Kosten- und Preisaufrtrieb im Verlaufe von 1990 relativ verhalten bleiben wird; aber die zurückliegende Verschärfung wirkt geraume Zeit nach. Die Finanzpolitik dürfte die Konjunktur kaum anregen. Nach den Steuersenkungen des Jahres 1990 wird im kommenden Jahr die Steuerprogression wieder greifen; der Impuls zusätzlicher öffentlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Wirtschaftsunion dürfte zunächst relativ begrenzt bleiben.

Angenommen ist hier, daß auf die Bundesrepublik im Jahre 1991 größere Ausgaben für die Anschubfinanzierung bei der Arbeitslosenversicherung in der DDR zukommen. Vermutlich wird dort die Arbeitslosigkeit zunächst deutlich steigen, weil in nicht wettbewerbsfähigen Bereichen rascher Arbeitsplätze verlorengehen als neue in anderen Bereichen und in neuen Unternehmen entstehen. Für Infrastrukturinvestitionen sind für 1991 rd. 10 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln aus der Bundesrepublik unterstellt worden; wesentlich umfangreichere Aus-

gaben wären wohl nur zu erwarten, wenn die Vorlaufzeiten für Planungen verkürzt werden könnten.

Die Lieferungen von Konsumgütern dürften rasch einen bedeutenden Umfang erreichen. Um Vorstellungen über Größenordnungen zu gewinnen, mußten zahlreiche Annahmen über politische Datensetzungen, Marktreaktionen und Verhaltensweisen der privaten Haushalte in der DDR getroffen werden. Dazu gehörten insbesondere Umtauschkurse bei den Sparkonten, das Niveau der Renten und des Arbeitslosengeldes, die Höhe der Löhne und Preise, das Sparverhalten und die Nachfragestruktur.

Obwohl insgesamt von der Geldpolitik und von der Finanzpolitik sowie von der Auslandskonjunktur nur geringe Impulse ausgehen werden, dürfte die Konjunktur in der Bundesrepublik im kommenden Jahr weiterhin kräftig expandieren. Maßgeblich dafür ist der beträchtliche Nachfrageschub, der aus der DDR zu erwarten ist. Sicherlich werden die Verbraucher in großem Umfang Waren und Dienstleistungen aus der Bundesrepublik nachfragen. Zudem werden Investitionen in der DDR, sei es von dortigen, sei es von westdeutschen Unternehmen und von Unternehmen aus anderen westlichen Ländern, kräftig zunehmen. Dies läßt erheblich größere Lieferungen von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik in die DDR erwarten. Aus diesen Gründen werden Beschäftigung, Einkommen, Konsum und auch Investitionen in der Bundesrepublik weiterhin lebhaft zunehmen. Insgesamt dürfte die Zunahme des Sozialproduktes im kommenden Jahr annähernd das für 1990 erwartete Ergebnis erreichen und damit in einer Größenordnung von 1 ½ Prozentpunkten höher sein als ohne die Wirtschafts- und Währungsunion.

Die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen des Staates dürften dann ähnlich hoch sein wie die hier unterstellten Mehrausgaben für die DDR. Das gesamte Defizit der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik würde damit 1991 etwa eine Größenordnung wie in diesem Jahr erreichen.

Bei der erreichten Kapazitätsauslastung werden die Importe stark zunehmen; das wird auf die Konjunktur im Ausland, vor allem in Westeuropa, ausstrahlen. Unter diesen Umständen dürfte sich die Gefahr verringern, daß die Zunahme der Anspannung im Inland zu einem verstärkten Anstieg von Kosten und Preisen führt.

Überlegungen zur Wirtschaftspolitik

An der Schwelle zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einer insgesamt günstigen Ausgangslage. Der Wachstumsprozeß ist stärker als in den ersten Jahren der nun siebenjährigen Aufwärtsentwicklung. Trotz hoher Auslastung der Kapazitäten ist es bisher nicht zu nennenswerten Spannungen gekommen; der Kosten- und Preisanstieg ist mäßig. Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich beträchtlich verbessert. Die Beschäftigungsdynamik ist so groß wie lange nicht mehr, die Ar-

beitslosigkeit sinkt trotz des Zustroms von Aus- und Übersiedlern. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist weit fortgeschritten, und mit der Einkommensteuerreform sind die Wachstumsbedingungen weiter verbessert worden.

Es gibt jedoch auch Negativpositionen. Zu ihnen gehört die immer noch hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen. Ebenfalls dazu gehören, wie im Gemeinschaftsgutachten vom vergangenen Herbst dargelegt, Defizite auf den Gebieten Umweltschutz, Verkehr, Bildung und Wohnungsbau. Auch steuerpolitisch ist noch lange nicht alles Notwendige getan; so steht eine Reform der Unternehmensbesteuerung noch aus. Schließlich gibt es nach wie vor gewichtige Mobilitäts- und Flexibilitätshindernisse gesetzlicher und tariflicher Art. Sie sind im Stadium der Hochauslastung der Wirtschaft besonders fühlbar.

Aus dem wirtschaftlichen Zusammengehen der beiden deutschen Staaten ergeben sich nicht nur für die DDR, sondern auch für die Bundesrepublik große Chancen. Ein dynamischer Wachstumsprozeß in der DDR wird auch der Wirtschaft hier Impulse geben. Am Beginn ist mit einem schubartigen Anstieg der Nachfrage aus der DDR, vor allem nach Konsumgütern, zu rechnen. Auf mittlere Sicht werden Beschäftigung und Realeinkommen in der DDR und in der Bundesrepublik höher sein, als sie es unter den Bedingungen der Teilung gewesen wären.

Vor allem in der Übergangsphase stehen den Chancen allerdings auch Risiken gegenüber. Die Bildung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR ist ein einschneidender Vorgang, dessen kurzfristige Folgen dort und dessen Rückwirkungen hier schwer abzuschätzen sind. Das wird auch dann noch gelten, wenn — anders als gegenwärtig — die genauen Modalitäten bekannt sind.

In der öffentlichen Diskussion dominieren neben den Risiken für die Geldwertstabilität — die im geldpolitischen Teil dieses Gutachtens erörtert wurden — die finanziellen Risiken. Gestellt wird die Frage nach den Kosten der Vereinigung. Ausgangspunkt sind mehr oder weniger plausible Schätzungen über den finanziellen Aufwand, der nötig ist, um Wirtschaft, Wohnungswesen, Infrastruktur und Umwelt in der DDR in einen Zustand zu versetzen, der dem Standard in der Bundesrepublik entspricht. Ergebnisse sind meist riesige Beträge. Hinzu kommen Schätzungen über den Bedarf an Transferzahlungen für laufende Einkommen. Zuweilen werden hier außer Arbeitslosengeld und Renten auch noch allgemeine Einkommenssubventionen zur Verringerung der Einkommensunterschiede gegenüber der Bundesrepublik einbezogen. Insgesamt entsteht der Eindruck, auf die Bundesrepublik kämen immense finanzielle Lasten zu, häufig gleichgesetzt mit der Vorstellung hoher steuerlicher Mehrbelastungen.

Diese Vorstellungen sind in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Bei den Kosten der Sanierung der DDR-Wirtschaft handelt es sich zum allergrößten Teil um die —

auf etliche Jahre verteilte — privatwirtschaftliche Finanzierung eines Investitionsprozesses. Ein erheblicher, im Zuge des Aufholprozesses zunehmender Teil der Mittel dafür wird in der DDR selbst aufgebracht werden. Ein anderer Teil wird von privaten Kapitalgebern aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland kommen. Um öffentliche Mittel geht es im wesentlichen nur bei der Finanzierung der Umweltsanierung und der Infrastruktur, und auch hier nicht ausschließlich; so könnte z.B. die Telekommunikation privatwirtschaftlich finanziert werden. Auch Mittel für Umwelt und Infrastruktur können zu einem wachsenden Teil aus der zunehmenden Wirtschafts- und Steuerkraft der DDR aufgebracht werden. Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen und Umweltvorhaben aus öffentlichen Mitteln heißt also nicht automatisch aus öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik. Ähnliches gilt auch für die Finanzierung von staatlichen Einkommenstransfers an private Haushalte. In der Anfangsphase wird hier allerdings die Bundesrepublik einen Teil der Lasten tragen müssen, die aus der zunächst wohl stark zunehmenden Arbeitslosigkeit und aus der Anhebung der Renten in der DDR erwachsen.

Bei der Abschätzung des Ressourcenflusses aus der Bundesrepublik in die DDR kann die Ermittlung des Bedarfs der DDR nur ein erster Schritt sein. Zu fragen ist auch nach den finanziellen und den realen Aufbringungsmöglichkeiten sowie nach der Absorptionsfähigkeit des Empfängerlandes, die von Einflüssen wie die Kapazität für Planungs- und Genehmigungsverfahren bis hin zur lokalen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen aller Art bestimmt wird. Der tatsächliche Umfang der Investitionen in der DDR wird vom schwächsten Glied in dieser Kette bestimmt werden. Soweit es um private Investitionen geht, dürfte sich nach Herstellung entsprechender Rahmenbedingungen die Finanzierung wohl kaum als Engpaß erweisen. Denn die Kapitalmärkte der Welt, die dafür zur Verfügung stehen, sind ergiebig. Eher wird man an die Grenzen der realen Aufbringungsmöglichkeiten stoßen, denn die industriellen Kapazitäten sind in vielen Lieferländern hoch ausgelastet, und die in Frage kommenden bauwirtschaftlichen Kapazitäten — in erster Linie der beiden deutschen Staaten — werden zumindest kurzfristig nur mäßige Steigerungen der Bauproduktion erlauben. Als Engpaß dürften sich vorerst ebenfalls die Planungs- und Genehmigungsverfahren erweisen.

Von diesen Begrenzungen wird auch die Höhe der sinnvoll zu leistenden staatlichen Transfers aus der Bundesrepublik für Zwecke des Infrastrukturausbaus in der DDR, die ausschließlich projektgebunden vergeben werden sollten, bestimmt werden. Sie dürften im Jahre 1991 noch nicht sehr umfangreich sein. Die Infrastruktur in der DDR könnte sich zunächst als Hemmschuh für private Investitionen erweisen, stehen doch beide in einem komplementären Verhältnis zueinander. Infrastrukturinvestitionen spielen also eine Schlüsselrolle für den Wachstumsprozeß.

In welchem Umfang Transferzahlungen für die Anschubfinanzierung von Arbeitslosen- und Rentenversicherung erforderlich werden, hängt von der Höhe der Arbeitslosigkeit und dem künftigen Rentenniveau ab. Unter den Annahmen der Prognose sind im Jahre 1991 öffentliche Transferzahlungen von 15 bis 20 Mrd. DM für die Anschubfinanzierung und für Infrastrukturmaßnahmen zu leisten. Sie könnten zu einem erheblichen Teil aus den Steuermehreinnahmen aufgebracht werden, die von dem bevorstehenden Konjunkturimpuls zu erwarten sind. Ein weiterer Teil könnte durch die Umschichtung von Ausgaben bereitgestellt werden. So entfallen bisherige Leistungen an die DDR, und die Verteidigungsausgaben können auch kurzfristig verringert werden. Ein möglicher Rest wäre durch Kreditaufnahme zu decken. Die Anschubfinanzierung sollte nicht aus Überschüssen der Sozialversicherung der Bundesrepublik finanziert werden; die Politik der „Verschiebebahnhöfe“ sollte nicht wieder aufgenommen werden.

Nicht auszuschließen ist jedoch, daß der Bedarf an staatlichen Transferzahlungen in die DDR höher ausfällt als hier angenommen. Dann wäre vor allem die politische Kraft zur Kürzung von Subventionen gefordert; dies um so mehr, als Subventionen für Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik nicht selten zu Lasten von Branchen in der DDR gehen. Steuererhöhungen sollten die ultima ratio sein, denn sie stünden im Widerspruch zu der Notwendigkeit, gerade jetzt die Anreize zu wirtschaftlicher Leistung nicht zu schwächen.

Auf mittlere Sicht sind Steuererhöhungen wegen des wirtschaftlichen Zusammengehens mit der DDR jedenfalls nicht erforderlich. Im Gegenteil, das große Potential an Einsparungsmöglichkeiten bei den Kosten der Teilung (Berlinhilfe, Zonenrandförderung) und im Verteidigungshaushalt sowie die Steuermehreinnahmen, die im Zuge des wirtschaftlichen Neuaufbaus der DDR anfallen, werden auf mittlere Sicht zu einer Entlastung bei den Staatsfinanzen führen. Vor diesem Hintergrund ist auch eine vorübergehende Erhöhung der staatlichen Nettoneuverschuldung als unbedenklich anzusehen. Sie stellt eine Vorfinanzierung künftiger erhöhter Einnahmen dar.

Hinsichtlich der in den Gemeinschaftsgutachten oft angemahnten ordnungspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen sollte nach dem Grundsatz „je früher, je besser“ verfahren werden. Generell gilt, daß die Wirtschaftspolitik nicht von einer mittelfristigen Orientierung abgehen sollte.

Der in der Bundesrepublik nun zu erwartende Nachfrageschub aus der DDR wird sich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als erheblich verstärkter Anstieg des Exports und — trotz ebenfalls zu erwartender kräftiger Importsteigerung — des Außenbeitrages niederschlagen; denn die DDR wird im Rahmen der Gesamtrechnung als Ausland behandelt. Eine solche Erhöhung des Außenbeitrages darf nicht als Verschärfung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts interpretiert werden. Für

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1990

	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1989 ¹⁾		1990 ²⁾	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,7	1,4	1,5	1,3	1,4	1,5	1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,3	-0,4	-1	-0,3	-0,4	-1	-1
Arbeitstage ³⁾	0,3	-0,2	0	0,2	-0,6	0	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,7	0,8	0,5	1,2	0,4	0,5	1
Produktivität ⁴⁾	3,0	2,6	3	2,7	2,6	3	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	3,7	3,4	3 3/4	3,9	3,0	3,5	4

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 156,8	1 213,4	1 301,5	584,6	628,8	622	679,5
Staatsverbrauch	411,5	418,3	439	194,0	224,4	203,5	235,5
Anlageinvestitionen	419,1	462,9	510	214,4	248,5	235,5	274,5
Ausrüstungen	184,9	207,6	230	93,4	114,2	104,5	125,5
Bauten	234,3	255,3	280	121,0	134,3	131	149
Vorratsveränderung	13,7	25,1	23	21,2	3,9	25	-2
Außenbeitrag	120,6	140,7	150	72,1	68,6	72	77,5
Ausfuhr	687,8	778,2	848,5	385,1	393,2	408,5	440
Einfuhr	567,2	637,6	698,5	313,0	324,6	336,5	362
Bruttosozialprodukt	2 121,7	2 260,4	2 423	1 086,3	1 174,1	1 158,5	1 265

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,0	4,9	7,5	5,2	4,6	6,5	8
Staatsverbrauch	3,7	1,7	5	2,3	1,1	5	5
Anlageinvestitionen	7,5	10,5	10	11,6	9,5	10	10,5
Ausrüstungen	8,4	12,3	11	12,2	12,4	12	10
Bauten	6,7	9,0	9,5	11,2	7,1	8	11
Ausfuhr	7,7	13,2	9	15,9	10,6	6	12
Einfuhr	7,8	12,4	9,5	14,2	10,7	7,5	11,5
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	7	7,2	5,9	6,5	7,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	949,9	966,2	1 005	466,0	500,2	482,5	522,5
Staatsverbrauch	335,4	332,8	338,5	162,6	170,2	165,5	173,5
Anlageinvestitionen	352,2	377,6	401	175,9	201,7	187	214
Ausrüstungen	154,2	169,2	182,5	76,3	93,0	83,5	99
Bauten	198,0	208,4	218,5	99,6	108,8	103,5	115
Vorratsveränderung	13,4	19,9	18	17,6	2,3	21	-3
Außenbeitrag	51,0	72,7	73	39,2	33,5	34	39
Ausfuhr	582,4	643,1	690	319,4	323,7	335	355
Einfuhr	531,5	570,4	617	280,3	290,2	301	316
Bruttosozialprodukt	1 701,8	1 769,2	1 835,5	861,2	908,0	889,5	946
nachrichtl.: Inlandsnachfrage	1 650,9	1 696,5	1 762,5	822,1	874,5	855,5	907

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,7	1,7	4	1,9	1,5	3,5	4,5
Staatsverbrauch	2,2	-0,8	1,5	0,1	-1,5	1,5	2
Anlageinvestitionen	5,9	7,2	6	8,4	6,2	6,5	6
Ausrüstungen	7,5	9,7	8	9,4	10,0	9,5	6,5
Bauten	4,7	5,3	5	7,7	3,1	3,5	5,5
Ausfuhr	5,8	10,4	7,5	12,4	8,5	5	9,5
Einfuhr	6,3	7,3	8	7,8	6,9	7,5	9
Bruttosozialprodukt	3,6	4,0	3 3/4	4,5	3,4	3,5	4
nachrichtl.: Inlandsnachfrage	3,7	2,8	4	2,8	2,7	4	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1989 ¹⁾		1990 ²⁾	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,2	3,1	3	3,2	3,0	3	3,5
Staatsverbrauch	1,4	2,4	3	2,2	2,6	3	3
Anlageinvestitionen	1,4	3,0	3,5	3,0	3,1	3,5	4
Ausrüstungen	0,8	2,3	2,5	2,6	2,1	2	3
Bauten	1,9	3,5	4,5	3,2	3,9	4,5	5
Ausfuhr	1,8	2,5	1,5	3,1	1,9	1	2
Einfuhr	1,5	4,7	1,5	5,9	3,6	0	2,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,5	3,5	2,6	2,4	3	3,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 126,4	1 176,1	1 246,5	554,6	621,5	585,5	661
Bruttolohn- und -gehaltsumme	905,4	946,7	1 006,5	446,0	500,7	471,5	535
Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	625,9	683,5	297,4	328,5	321,5	361,5
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	525,3	575,0	635,5	283,3	291,7	310	325,5
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	451,3	487,1	549,5	241,9	245,2	271	278,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	372,6	411,6	441,5	201,4	210,2	215	226,5
Nichtentnommene Gewinne	78,6	75,5	108	40,5	35,1	56,5	51,5
Volkseinkommen	1 651,7	1 751,1	1 882	837,9	913,2	895,5	986,5
Abschreibungen	260,8	276,7	295,5	136,6	140,1	145	150,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	209,2	232,6	245,5	111,8	120,8	117,5	128
Bruttosozialprodukt	2 121,7	2 260,4	2 423	1 086,3	1 174,1	1 158,5	1 265

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	4,4	6	4,6	4,3	5,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,9	4,6	6,5	4,7	4,4	6	7
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,2	3,5	9	3,3	3,6	8	10
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	3,0	4,5	3,2	2,8	4	5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,3	2,0	7,5	1,9	2,0	6,5	8
Bruttoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	8,7	9,5	10,5	11,7	7,4	9,5	11,5
Nettoeink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	8,8	8,0	13	10,1	5,9	12	13,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	1,9	10,5	7,5	15,1	6,4	6,5	8
Volkseinkommen	5,4	6,0	7,5	6,9	5,3	7	8
Abschreibungen	4,6	6,1	7	6,1	6,1	6,5	7,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,1	11,2	5,5	11,0	11,3	5	6
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	7	7,2	5,9	6,5	7,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	604,8	625,9	683,5	297,4	328,5	321,5	361,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁶⁾	343,6	359,3	381,5	176,1	183,2	186,5	194,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	430,4	461,1	495,5	223,8	237,3	240	255,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,0	20,7	23	10,0	10,7	11,5	11,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁷⁾	37,4	42,9	48	19,7	23,1	23	25
Verfügbares Einkommen	1 323,3	1 382,7	1 489	667,5	715,2	714	775
Privater Verbrauch	1 156,8	1 213,4	1 301,5	584,6	628,8	622	679,5
Ersparnis	166,5	169,4	187,5	82,9	86,5	92	95,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,6	12,2	12,5	12,4	12,1	13	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1989 ¹⁾		1990 ²⁾	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltssumme	4,2	3,5	9	3,3	3,6	8	10
Empfangene laufende Übertragungen ⁶⁾	4,6	4,6	6	4,0	5,1	6	6
Entnommene Gewinne und Vermögenseink.	4,0	7,1	7,5	8,2	6,1	7,5	7,5
Verfügbares Einkommen	4,3	4,5	7,5	4,8	4,2	7	8,5
Privater Verbrauch	4,0	4,9	7,5	5,2	4,6	6,5	8
Ersparnis	6,5	1,7	10,5	1,8	1,6	11	10

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	512,4	560,3	567,5	263,6	296,7	265	302,5
Sozialbeiträge	366,3	383,1	402,5	181,4	201,8	191	211,5
Erwerbseinkünfte	20,1	31,4	31	19,7	11,7	19	12
Sonstige laufende Übertragungen	25,2	23,3	24,5	11,1	12,3	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,7	6,4	6,5	2,9	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	930,8	1 004,5	1 032	478,6	525,9	489,5	542
Ausgaben							
Staatsverbrauch	411,5	418,3	439	194,0	224,4	203,5	235,5
Zinsen	59,9	60,2	62	32,1	28,1	33	29
Laufende Übertragungen an	438,9	451,6	472	220,6	231,0	231	241,5
Private Haushalte	349,4	362,5	381	179,3	183,2	188	193
Unternehmen	51,8	49,8	51,5	22,5	27,3	23	28,5
Ausland	37,7	39,2	42	18,8	20,4	20	22
Geleistete Vermögensübertragungen	31,0	32,0	36	13,4	18,5	15	21
Nettoinvestitionen	34,8	37,6	40	16,2	21,4	17	23
Ausgaben insgesamt	976,0	999,7	1 052	476,3	523,4	499,5	552
Finanzierungssaldo	-45,2	4,9	-20	2,4	2,5	-10	-10

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,2	9,3	1,5	9,9	8,8	0,5	2
Sozialbeiträge	4,5	4,6	5	4,5	4,7	5,5	4,5
Erwerbseinkünfte	-26,3	56,3	-1	107,6	10,3	-3	2,5
Sonstige laufende Übertragungen	13,9	-7,5	4	-13,2	-1,5	5	3,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,8	-4,8	2	-10,9	0,9	2	2
Einnahmen insgesamt	3,7	7,9	2,5	9,1	6,9	2,5	3
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,7	1,7	5	2,3	1,1	5	5
Zinsen	3,5	0,6	3	-0,8	2,3	3	2,5
Laufende Übertragungen an	5,8	2,9	4,5	2,8	3,0	4,5	4,5
Private Haushalte	4,7	3,8	5	3,4	4,1	5	5,5
Unternehmen	6,3	-3,7	3,5	-7,5	-0,3	2,5	4,5
Ausland	17,1	4,0	7	10,3	-1,2	5	8
Geleistete Vermögensübertragungen	-2,4	3,1	13	2,7	3,5	13	12,5
Nettoinvestitionen	3,3	8,1	7	12,5	4,9	5	8,5
Ausgaben insgesamt	4,4	2,4	5	2,6	2,2	5	5,5

1) Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990), sowie eigene Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und öffentliche Schulden. — 6) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 7) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

eine konsolidierte Außenhandelsbilanz unter Einschluß der DDR wird vielmehr das Gegenteil eintreten. Der kräftige Sog der Nachfrage aus der DDR wird voraussichtlich eine erhebliche Zunahme der Importe der Bundesrepublik zur Folge haben und möglicherweise auch den Anstieg des Exports dorthin verlangsamen. Damit beginnt ein Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse, der nicht nur von kurzer Dauer sein dürfte. Auf diesem Wege werden ausländische Ressourcen für den Neuaufbau der DDR-Wirtschaft mobilisiert.

Was die Veränderungen für den Wechselkurs der D-Mark bedeuten werden, ist schwer abzuschätzen, denn auf ihn wirken Einflüsse unterschiedlicher Richtung ein: Sinkende Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse einerseits, ein Bonus für künftig erhöhte wirtschaftliche Stärke andererseits. Außerdem wird der Wechselkurs auch davon abhängen, ob die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik den bisherigen Rang im internationalen Vergleich halten wird.

Für die Lohnpolitik bedeuten die bevorstehenden Veränderungen, daß die Einhaltung der an dieser Stelle verschiedentlich — zuletzt im Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 1989 — entwickelten Grundsätze nun besonders dringlich ist. Lohnabschlüsse, die die Preisniveaustabilität und den Wachstumsprozeß gefährden, wären angesichts der Herausforderungen der nächsten Jahre verhängnisvoll. Arbeitszeitverkürzungen würden die ohnehin absehbare Zunahme des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften noch verstärken. Mehr Flexibilität bei den Arbeitsbedingungen ist noch wichtiger geworden.

Geldpolitik in der Währungsunion

Die Gestaltung der Geldpolitik im Verlauf des Jahres 1990 wird wesentlich geprägt werden von der Ausweitung des D-Mark-Raumes um das Gebiet der jetzigen DDR sowie von der Währungsumstellung und den sie begleitenden Reformen in der DDR. Die Deutsche Bundesbank steht vor der nicht einfachen Aufgabe, die neuen Potentialgrößen und die Kassenhaltungsgewohnheiten in der DDR abschätzen zu müssen. Dies macht eine potentialgerechte Geldmengensteuerung schwierig. Auch läßt sich kaum vorhersagen, mit welchem Tempo sich die neuen Finanzmärkte in der DDR zu einem funktionsfähigen und mit dem geldpolitischen Instrumentarium zuverlässig steuerbaren System entwickeln werden und welche Hindernisse hierbei kurzfristig zu überwinden sein werden.

Angesichts der Unwägbarkeiten ist nicht auszuschließen, daß es auf kurze Sicht zu Instabilitäten auf den Geld- und Finanzmärkten kommt, weil der Geldbedarf in der DDR falsch eingeschätzt wird. Das könnte sich darin zeigen, daß die Geld- im Vergleich zu den Kapitalmarktzinsen relativ hoch sind. In diesem Fall sollte die Bundesbank zusätzliches Geld bereitstellen. Im entgegengesetzten Fall müßte sie Geld aus dem Verkehr ziehen.

Gefahren für die Preisstabilität ergeben sich daraus, daß schon gegenwärtig die Kapazitäten in der Bundesrepublik nahezu voll ausgelastet sind. Es gibt Überlegungen, nach denen der Nachfrageschub aus der DDR wesentlich größer sein könnte, als in dieser Prognose unterstellt worden ist. Bei einer potentialorientierten Geldpolitik würde ein solcher Nachfrageschub zwar zu stärker steigenden Preisen führen, jedoch bald auf im gesamten Währungsgebiet steigende Zinsen treffen und dann abklingen. Die Institute haben bereits wiederholt dafür plädiert, eine vorübergehende Beschleunigung des Preisauftriebs dieser Art hinzunehmen. Würde die Bundesbank auf den Preisauftrieb mit einer restriktiven Geldpolitik reagieren, so bestünde die Gefahr einer konjunkturellen Stockung mit all ihren negativen Effekten für Einkommen und Beschäftigung.

Nach Ansicht der Institute ist das Risiko, daß es nach der Währungsumstellung zu spürbar höheren Preissteigerungsraten kommt, nicht sehr groß. So ist die Bundesbank bereits vor geraumer Zeit auf einen weitgehend potentialorientierten Kurs eingeschwenkt. Ferner dürfte — wie erwähnt — der Umfang des zusätzlich in der DDR in Umlauf gelangenden Zentralbankgeldes im Verhältnis zum Gesamtbestand an Zentralbankgeld vergleichsweise niedrig sein.

Trotz der bestehenden Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit und das künftige Potentialwachstum im gesamten Währungsgebiet sollte die Bundesbank auch weiterhin ein Ziel für die Geldmengenausweitung setzen. Ein Geldmengenziel würde nämlich dazu beitragen, daß eine etwaige Beschleunigung des Preisauftriebs von den Wirtschaftssubjekten nicht zum Anlaß genommen wird, ihre Inflationserwartungen nachhaltig nach oben zu revidieren. Nach Verwirklichung der Währungsunion wird die Bundesbank die monetäre Zielvorgabe den neuen Bedingungen anpassen müssen. Hierbei geht es nicht nur um die durch die Währungsumstellung bewirkte einmalige Erhöhung des Geldvolumens, sondern auch um die Festlegung eines Zielkorridors, mit der dem künftig vermutlich kräftigen Potentialwachstum in der DDR Rechnung getragen wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten